

Karin Fischer / Wilfried Graf / Frieder Otto Wolf

**Entwurf für ein
Grundsatzprogramm der österreichischen Grünen
für den Bundeskongress am 7. / 8. Juli 2001 in Linz**

1. Präambel

2. Grüne Grundwerte für das 21. Jahrhundert

2.1. Ökologie

2.2. Solidarität

2.3. Selbstbestimmung

2.4. Radikale Demokratie

2.5. Feminismus

2.6. Gewaltfreiheit

3. Das grüne Programm: Der Kampf um eine befreite und zukunftsfähige Gesellschaft

3.1. Die zwei neuen Zielhorizonte des grünen Projekts

3.2. Das neue Verhältnis von globaler und lokaler Politik

4. Die Konturen einer grünen Gesellschaftspolitik

4.1. Die neue „Große Transformation“ des 21. Jahrhunderts

4.2. Die Zukunft von Ökonomie und Ökologie

4.3. Die Zukunft von Sozialstaat und Arbeitsgesellschaft

4.4. Die Zukunft von Nationalstaat und Zivilgesellschaft

4.5. Die Zukunft von Weltzivilisation und Friedensordnung

5. Sechs strategische Initiativen: *Alternativen für Österreich, Europa und die Welt*

5.1. Nachhaltige Entwicklung
Von der Quantität zur Qualität

5.2. Neuverteilung der Arbeit und soziale Existenzsicherung
Von der Sozialpartnerschaft zur Überwindung der sozialen Spaltung

5.3. Selbstbestimmte und solidarische Gesellschaft
Von der verwalteten Gesellschaft zur gesellschaftlichen Selbstorganisation

5.4. Umfassende Demokratisierung von der lokalen bis zur globalen Ebene
Von der Partizipation zu Teilhabe und Selbstbestimmung

5.5. Emanzipierte Lebensentwürfe und feministische Geschlechterpolitik
Von der bloßen Gleichstellungspolitik zu einem neuen Geschlechtervertrag

5.6. Überwindung von Krieg und kollektiver Gewalt mit friedlichen Mitteln
Von der „Neuen Weltordnung“ zur „Globalisierung von unten“

6. Die grüne Kunst der Politik

1. Präambel

Die Menschheit hat einen alten, unabgeholtenen Traum: den Traum von der Befreiung aller Menschen. Kein Mensch sollte sich anderen Menschen unterwerfen müssen.

In den politischen Revolutionen der europäischen Neuzeit hat dieser Traum historisch greifbar Gestalt angenommen. Die „gleiche Freiheit“ der Philosophen und der frühen demokratischen Bewegungen konkretisierte sich exemplarisch in den Zielen der großen französischen Revolution des 18. Jahrhunderts: Freiheit und Gleichheit, fast von Anfang an ergänzt durch „Brüderlichkeit“ (oder auch schon „Geschwisterlichkeit“), woraus dann in der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts die „Solidarität“ wurde. Im „Sozialismus“ und „Liberalismus“ des 19. Jahrhundert wurde der untaugliche Versuch gemacht, die Grundwerte der Freiheit und der Gleichheit in Gegensatz zueinander zu verwirklichen: Als Freiheit auf Kosten von Gleichheit, oder als Gleichheit auf Kosten von Freiheit. Zugleich entstand eine sozialkonservative Gemeinschaftsideologie, welche die Brüderlichkeit auf Kosten von Freiheit und Gleichheit in nicht weniger ungeeigneter Weise zu verwirklichen suchte. Zu dritt bildeten diese Ansätze die Grundlagen eines demokratischen Parteiensystems, in dem keine weiteren Fortschritte in der Verwirklichung der Ziele der europäischen Revolutionen mehr möglich zu sein schienen.

Eine ökologisch reflektierte Moderne geht nicht auf im Tunnelblick auf die Konstruktion dieser europäischen Tradition des „status quo“ der 1960er Jahre. Ohne darüber die Orientierung zu verlieren, bezieht sie sich wieder auf die gesamte Vielfalt der Traditionen der Versuche zu einer menschenwürdigen Gestaltung der modernen Gesellschaft - von den frühen Emanzipationsbewegungen des einfachen Volkes im Reformationszeitalter über die europäischen und amerikanischen Revolutionen bis zu den sozialen Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts in ihrer gesamten Breite. Aus ihnen allen ist Wichtiges zu lernen - etwa aus der Verbindung von repräsentativen Abstimmungsverfahren mit strukturierten Beratungen aller in der ersten englischen Revolution, aus dem Gedanken der Selbstkontrolle des politischen Prozesses durch „Checks and Balances“ in der zweiten englischen und der amerikanischen Revolution, aus dem Gedanken einer „Politik der Menschen- und Bürgerrechte“ in den französischen Revolutionen, aus den Erfahrungen des Kampfs um den „Normalarbeitstag“ oder für die Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts, aus den Verfahren zur Herstellung von Kommunikationszusammenhängen und zur Aktivierung vorher isolierter TeilnehmerInnengruppen in den „Bauernrevolutionen“ des 20. Jahrhunderts. Dabei sind die kurzen Momente des „aufrechten Ganges“ eben so wenig zu vergessen, wie die schweren Niederlagen oder die von innen heraus herbeigeführten Pervertierungen von Emanzipationsbewegungen.

Zugleich und noch dringlicher geht es aber darum, ohne diese Traditionen zu vergessen, sich in die Netzwerke und Bündnisse der gegenwärtigen sozialen Bewegungen einzubringen, die weltweit für eine menschenwürdige Gestaltung der Verhältnisse unter den Menschen eintreten, einschließlich der gesellschaftlichen Naturverhältnisse.

Die historischen Wurzeln der grünen Parteien liegen in den vielfältigen „neuen sozialen Bewegungen“, die seit den sechziger Jahren entstanden sind. Im besonderen sind dabei zu erwähnen: die StudentInnenbewegung, die Frauen-, die Umwelt- und die Friedensbewegung, die Bürger- und Alternativen Listen, die kriti-

schen Christen und Christinnen, die kritischen GewerkschafterInnen, die entwicklungspolitische Solidaritätsbewegung, die Bewegungen alter und neuer, sozialer oder kultureller „Minderheiten“ sowie die Bürgerrechtsbewegungen in Osteuropa.

Seit den Aufbrüchen der 1960er Jahren haben sich die Bedingungen so tiefgreifend verändert, dass etwa die alten Entgegensetzungen zwischen „neuen“ und „alten“ sozialen Bewegungen dadurch obsolet geworden sind und neue Formen des Zusammenhangs wie der Differenzierung an die Stelle der Bewegungsmodelle der 1970er und 1980er Jahre getreten sind. Dennoch machen insbesondere Frauenbewegungen, Umweltbewegungen, Bewegungen zur Verteidigung sozialer und ökonomischer Interessen, Friedensbewegungen, Bewegungen für die Durchsetzung demokratischer Forderungen auch heute wieder weltweit unter verschiedenen Ausgangsbedingungen deutlich, dass es nicht einfach immer so weiter gehen kann, dass Gesellschaftsveränderung dringend notwendig ist.

Die politische und gesellschaftliche Situation hat sich allerdings dramatisch verändert: vom Zusammenbruch des bürokratischen Sozialismus und dem Ende des Kalten Kriegs bis zur Hegemonie von Globalisierung und Neoliberalismus, von den Nationalitätenkonflikten in Osteuropa und den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien bis zum Übergang der EG zu einer politischen Union, vom österreichischen Beitritt zur EU bis zum Machtwechsel in Österreich und der Beendigung des österreichischen Nachkriegskonsens im Jahr 2000.

Zum einen geben die alten programmatischen und strategischen Ansätze der Grünen auf diese Veränderungen keine ausreichenden Antworten mehr. Zum anderen gehören grüne PolitikerInnen europaweit Parlamenten und teilweise bereits Regierungen an. All diese Entwicklungen zeigen an, dass das Selbstverständnis grüner Politik erneut zu begründen ist.

Mit diesem Grundsatzprogramm wollen die Grünen wieder konkrete Visionen, Leitbilder und Alternativen aufzeigen und erneut Antworten auf die wesentlichen Fragen geben: Für welche Ziele streiten wir und mit welchen Mitteln? Dabei schlagen wir einen komplexen Denkraum vor, der Ethik und Kritik (Grundwerte), Theorie und Analyse (Alternativen) sowie Strategie und Praxis (Initiativen) dialogisch miteinander verbindet.

Die Grünen stellen sich in die politische Tradition der europäischen Linken und zugleich in den Zusammenhang eines weltweiten demokratischen Bündnisses für ökologische und soziale Reformen. Sie sind sich dessen bewusst, dass mit der bloßen Deklamation auch der unverkürzt begriffenen Werte nichts gewonnen ist. Sie müssen beständig weiterentwickelt und in Praxis umgesetzt werden.

Als Erben des weltweiten radikaldemokratischen Aufbruchs seit den 1960er Jahren treten die Grünen bewusst dieses Erbe der europäischen Linken an, gerade indem sie die historischen Erfahrungen kritisch aufarbeiten und sie in den gegenwärtigen Zusammenhang einer „Globalisierung von unten“ einbringen. Insbesondere die ökologische Erfahrung der Endlichkeit der menschlichen Lebenswelt auf der Erde und die historische Erfahrung der Gefährdung der Menschheit durch Massenvernichtungsmittel im „Kalten Krieg“ haben die Grünen dazu veranlasst, sich als eigenständige politische Strömung zu konstituieren.

Dabei wird eine kritische Erneuerung der Ziele der europäischen Revolutionen mit den neuen Zielsetzungen einer nachhaltigen Form der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und einer dauerhaft friedensfähigen Weltordnung verbunden sein.

Die Grünen ziehen die Lehren aus den schmerzlichen Erfahrungen der Erstarrung und der Niederlagen vieler demokratischer und sozialer Bewegungen.

Diese politische Selbstreflexion der Grünen bezieht sich als Erstes auf die Auffassung von „Fortschritt“. Zwar ist das grüne Paradigma in politischer Hinsicht modern orientiert, doch handelt es sich dabei nicht um einen „Progressivismus“ in dem Sinn, dass es ein geschichtsphilosophisches Modell des garantierten Fortschritts zu exekutieren beansprucht. Dem liegt auch kein vorgegebener historischer Auftrag zugrunde, und als Politik operiert sie ohne jegliche Garantie, dass die Welt sich tatsächlich in diese Richtung entwickeln wird. Die Grünen weisen die technokratische Fortschrittsutopie und die deterministische Geschichtsphilosophie der Moderne zurück, die Suche nach dem Ende der Geschichte, das Streben nach dem weltweiten und irreversiblen Triumph des einen Evolutions- oder Zivilisationsmodells. Die Grünen respektieren eine „Ökologie der Geschichte“: Geschichte ist offen und umkämpft, sie eröffnet stets neue Möglichkeiten und ihr Ausgang bleibt ungewiss.

Damit verschreiben sich die Grünen aber nicht einer Politik der „Post-Moderne“ und noch weniger einer Politik der Gegen-Moderne. Im Unterschied zur Postmoderne geht es bei der auf Wertvorstellungen und Ideen begründeten Politik der Grünen nicht bloß um Pluralismus und Toleranz, ohne für einen eigenen Inhalt einzutreten. Wir meinen, dass es weiterhin darauf ankommt, die Welt zu verändern – aber auf eine andere, reflektiertere Weise.

Grüne Politik kann nach wie vor Fortschritte von Rückschritten unterscheiden und eine Richtung für die demokratische Entwicklung von Alternativen vorschlagen – nicht mehr unter dem Gesichtspunkt einer Fortschrittsutopie, sehr wohl aber auf der Grundlage von historisch begründeten Grundwerten.

Freiheit und Gleichheit lassen sich nicht auf die bloße Garantie des uneingeschränkten Privateigentums und des freien Warenhandels reduzieren, wie dies die Liberalen historisch getan haben. Die Probleme der „Grundversorgung“ aller Menschen und ihres gesicherten Zugangs zu gesellschaftlich sinnvoller Arbeit werden nicht automatisch durch den freien Warenaustausch gelöst. Aber auch der umgekehrte Versuch anarchistischer, sozialistischer und kommunistischer Strömungen, in der bloßen Existenz von Privateigentum die Wurzel aller Probleme im Verhältnis von Freiheit und Gleichheit auszumachen und dessen Beseitigung zur Bedingung jeder möglichen Verwirklichung der Ziele der europäischen Revolutionen und jeder Erfüllung des Menschheitstraumes der Befreiung aller zu erklären, hat in die Sackgasse geführt: Damit wurden Freiheit und individuelle Privatsphäre als solche in Gegensatz zu Gleichheit und Solidarität gestellt und politisch bekämpft. Eine Linke, die sich derart auf eine Zwangsbeglückung der Menschheit festlegen ließ, hatte damit gerade den treibenden Kern des gemeinsamen linken Projektes aufgegeben: die Hoffnung auf die Befreiung aller.

Auch die Versuche, das Konzept der Solidarität auf einen engen Kreis von NutznießerInnen einzuschränken hat, wie wir heute wissen, – ganz abgesehen von seinem Missbrauch in nationalistischen Gemeinschaftsideologien – in Sackgassen geführt: In die Sackgasse einer Produktion um der Produktion willen, ohne Rücksicht auf die ökologischen Lebensgrundlagen künftiger lebender Generationen, in die Sackgasse einer Ausplünderung der Kolonien und später der Länder des abhängig gehaltenen „Südens“ und in die Sackgasse einer hierarchischen Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen, in der Männer als „Familienernährer“ und Frauen als „Hausfrauen“ und allenfalls „Zuverdienerinnen“ definiert wurden.

Zugleich hat die selbstverständliche Orientierung fast aller Linien linker Politik auf den Staat als alleinige Arena politischer Auseinandersetzung und als den hauptsächlichen Adressaten ihrer Forderungen dazu geführt, dass gesellschaftliche Politikprozesse vernachlässigt und der Nationalstaat als endgültiges Gehäuse von Politik betrachtet wurde – mit allen negativen Konsequenzen, die sich daraus für Ansätze gesellschaftlicher Selbstorganisation und für das Eintreten für friedliche Problemlösungen in internationalen Verhältnissen ergeben sollten.

Ökologie ist im letzten Jahrhundert eine Wissenschaft geworden, und in den letzten Jahrzehnten auch eine soziale und politische Wissenschaft, die letztlich auf eine integrative Humanwissenschaft zielt. Dass Ökologie wesentlich eine politische und kulturelle Angelegenheit ist, darüber gibt es heute keinen Zweifel mehr. Die Umwelt sind die anderen – und wir (eine jede, ein jeder von uns) sind die Umwelt der anderen. Ökologie ist soziale Beziehung, sie ist eine Form, in der sich die vielgestaltigen Beziehungen zwischen den Menschen manifestieren. Eine ökologisch reflektierte, kritische Gesellschaftstheorie kann als die wissenschaftliche Disziplin gesehen werden, in der die gesellschaftliche Beziehung jedes/jeder Einzelnen mit allen Anderen Form annimmt – wobei mit alle anderen hier alle anderen VerbraucherInnen, alle anderen VerschmutzerInnen, alle anderen Völker und auch die nachfolgenden Generationen gemeint sind.

Alles Leben auf dieser Erde existiert aber in komplexen Wirkungen und Rückwirkungen – nicht nur im Verhältnis Mensch - Natur, sondern auch im Verhältnis Mensch – Mensch und des Menschen zu seiner „inneren“ Natur, das heißt zu unseren mehr oder weniger bewussten Wünschen und Antrieben. Der Gegenstand der wissenschaftlichen Ökologie ist die Dreiecksbeziehung zwischen den Individuen einer Spezies, der organisierten Tätigkeit dieser Spezies und der Umwelt dieser Tätigkeit. Im Fall der wissenschaftlichen Humanökologie: zwischen den Individuen der Spezies Mensch (Ökologie der Individuen), der sozio-ökonomischen Entwicklung der Menschen (Ökologie des Sozialen) sowie der Umwelt ihrer organisierten Tätigkeiten (Ökologie der Umwelt).

Die kritische Theorie und die Praxis der neuen sozialen Bewegungen seit den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts hat gelernt, solche Spannungen, Widersprüche und Konflikte „zwischen jeder/jedem einzelnen und allen anderen“ zu untersuchen und zu bearbeiten. Sie ermöglicht damit eine Wissenschaft und Politik, die nicht auf Reduktion, sondern auf eine Erhöhung von Komplexität zielt.

Im Unterschied zu den aus heutiger Sicht viel zu reduktionistischen, vor allem ökonomistischen Gesellschaftstheorien des Liberalismus oder Sozialismus kann eine grüne Gesellschaftstheorie deshalb nicht nur die Auswirkungen der Machtstrukturen

auf die Interessen abstrakt gefasster sozialer Gruppen oder Klassen berücksichtigen, sondern auch die Nebenfolgen für die natürliche Umwelt sowie die Nebenfolgen für die subjektive Innenwelt der Individuen.

Ausgehend von unseren Grundwerten melden die Grünen aber auch neue „soziale“ Interessen an: das Interesse der anderen, nichtmenschlichen Lebewesen, das Interesse der nachfolgenden Generationen, das Interesse des Planeten Erde sowie das Interesse der gesamten Menschheit.

Im Sinne einer solchen ökologisch reflektierten Gesellschaftstheorie sind die Grünen einerseits materialistischer als die historische Linke: es geht um ein konkretes Bewusstsein der Komplexität und der Vielfalt des Realen, der Komplexität und der Vielfalt der Widersprüche. Andererseits sind die Grünen im Sinn einer ökologischen Moderne in einem radikalen Sinn liberaler als der real existierende Liberalismus, der unfähig bleibt, die sozialen Folgen, Konsequenzen und Bedingungen der Marktlogik unter den Bedingungen des Industrialismus und Kapitalismus zu verstehen. Für jedes Individuum oder jede Gruppe geht es darum, innerhalb des jeweils eigenen Wirkungsbereichs die Folgen der eigenen Handlungen zu sehen, ihre Konsequenzen und soweit möglich auch die Bedingungen zu meistern.

Gegenwärtig wächst wieder das Bewusstsein, dass die ökologische Frage nur gelöst werden kann, wenn sie als soziale Ökologie verstanden wird. Und umgekehrt: dass die soziale Frage nur gelöst werden kann, indem die ökologischen Zwänge beachtet werden.

2. Grüne Grundwerte für das 21. Jahrhundert

Die Grünen kritisieren nicht die Moderne bzw. die Zivilisation an sich – sondern die Konsequenzen der westlichen Zivilisation und im besonderen die vier großen strukturellen Herrschaftsformationen, die die Moderne hervorgebracht hat: Kapitalismus, Produktivismus, Etatismus und Militarismus. Darüber hinaus kritisieren wir die viel älteren, vor-modernen Herrschaftsformationen der westlichen Zivilisation, wie den Autoritarismus oder den Patriarchalismus, die vor allem auch in den Kulturen und Mentalitäten weiterwirken.

Die Herrschaftsformationen der Moderne (und Vor-Moderne) verweisen auf unterschiedliche, teilweise widersprüchliche Machtlogiken:

- die Logik des Kapitalismus, der profitorientierten „privaten“ Aneignung gesellschaftlicher Arbeit, die aus jeder/m und allem eine Ware macht und damit eine indirekte Beherrschung des Menschen durch den Menschen ermöglicht;
- die Logik des Produktivismus, des ungehemmten Wachstums der Produktivkräfte, die auf eine rücksichtslose Beherrschung der Natur durch den Menschen baut;
- die Logik des Etatismus, der „Staatsräson“ im modernen Nationalstaatssystem, die die unterschiedlichsten Formen staatlicher Macht umfasst: vom Bürokratismus als dominanten Verwaltungsstil bis hin zum „totalen Staat“,
- die Überreste der Logiken vormoderner Herrschaft wie Autoritarismus und Patriarchalismus sowie
- die Logik des Militarismus, die alle Formen militärischer Machtpolitik bezeichnet, von militärisch offensiver „Verteidigungspolitik“, über militärische Bündnispolitik bis hin zu Krieg und Völkermord.

All diese Herrschaftsformationen ergeben einen weltweit wirksamen Zusammenhang, der durch direkte und indirekte Gewaltverhältnisse gekennzeichnet ist. Dabei geht die Herrschaft des Menschen über den Menschen mit der Herrschaft über die Natur Hand in Hand. Im 20. Jahrhundert hat diese „Gewalt des Zusammenhangs“ zwischen den Herrschaftsformationen der Moderne zum Schlimmsten geführt. „Auschwitz“ als ein System millionenfacher Menschenvernichtung mit technisch-industriellen Mitteln bezeichnet dabei ein Menschheitsverbrechen singulären Ausmaßes. Aber auch „Kolyma“ (der „Gulag“), Hiroshima und Sarajevo, der massenhafte Hungertod im Süden und die Identitätskrisen im Norden stehen für die schlimmsten Konsequenzen der Spätmoderne im 20. Jahrhundert. Zugleich erlauben die Widersprüche innerhalb der Herrschaftsformationen selbst vielfältige Formen des Widerstands, der Revolte, der sozialen Bewegung, der Reform, der Zähmung der Macht. Um so wichtiger ist es deshalb, nicht nur die destruktiven Konsequenzen der Moderne zu kritisieren, sondern die historischen Versprechen der Moderne zu verteidigen und erweitern.

Die Grünen sind der Meinung, dass die klassischen Werte der französischen Revolution von 1789 – Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit – nicht aufzugeben sind, sondern ökologisch neu interpretiert und erweitert werden müssen - nicht mehr im Lichte des individualistischen Liberalismus des 18. und 19. Jahrhunderts, nicht mehr im Lichte der kollektivistischen Sozialismus des 19. und 20. Jahrhunderts, sondern auf der Grundlage der neuen Vorstellungen von „Selbstorganisation“, wie sie sich in der wissenschaftlichen, sozialen und politischen Ökologie herausgebildet haben. Mit dieser Perspektive werden die Grundwerte der Grünen zu Leitbildern für eine ökologisch reflektierte Moderne.

Erstens werden dabei Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit/Geschwisterlichkeit neu interpretiert:

- die Freiheit zu einer ökologisch reflektierten Selbstbestimmung, der Fähigkeit, den eigenen Bewegungspfad selbst zu bestimmen (im Maßstab des Individuums oder einer Gruppe),
- die Gleichheit zu einer ökologisch reflektierten Solidarität, als ein bewusstes Verhältnis jeder/s Einzelnen zu allen Anderen, verbunden mit Gewaltfreiheit und Respekt für Vielfalt
- die Brüderlichkeit zur ökologischen Verantwortlichkeit jedes Einzelnen vor dem Ganzen und vor den Anderen, bis hin zu ihren Konsequenzen und Nebenfolgen am anderen Ende der Welt und bis zu ihren Auswirkungen auf künftige Generationen.

Zweitens werden diese Werte „ökologisch“ aufeinander bezogen: Die Grünen gründen ihre politische Philosophie nicht mehr auf eine Werte-Hierarchie, im Unterschied zu den großen ideologischen Systemen, die entweder die Freiheit (Liberalismus), die Gleichheit (Sozialismus) oder die Brüderlichkeit (Konservatismus) an die Spitze stellen. Selbstbestimmung ist heute weniger denn je ohne Solidarität und Verantwortlichkeit zu verwirklichen. Genauso wenig funktioniert Solidarität ohne Selbstbestimmung und Verantwortlichkeit, oder Verantwortlichkeit ohne Solidarität und Selbstbestimmung.

Drittens sind die Mittel, mit dem diese Werte erreicht oder umgesetzt werden sollen, genauso wichtig. Der Weg ist das Ziel: Die Grünen versuchen Freiheit bzw. Selbstorganisation, Gleichheit bzw. Solidarität, Brüderlichkeit bzw. ökologische

Verantwortung durch radikale Demokratie, feministische Kultur und gewaltfreie Mittel zu erreichen.

Die Grundwerte der Grünen lauten: ökologisch, solidarisch und selbstbestimmt, radikaldemokratisch, feministisch und gewaltfrei.

2.1. Ökologie

Ökologisch bewusste Lebensweisen verbinden das wohlverstandene Eigeninteresse der ganzen Menschheit – einschließlich der künftigen Generationen – mit der Achtung für den Eigenwert natürlicher Lebenszusammenhänge. Entgegen allen Phantasievorstellungen über eine Herrschaft der Menschheit über die Natur – wie sie in den Projekten eines Verlassens der Erde (durch Raumfahrt) und eines Hinter-Sich-Lassens der Menschheit (durch gentechnologisch gestützte „Menschenzucht“ und kybernetisch gestützte „Cyborgisierung“) ihren zugespitzten Ausdruck gefunden hat – geht es heute darum, dazu zurückzufinden, dass die Menschheit „der Natur befehlt, indem es ihr gehorcht“ (Bacon). Es geht darum, die „Gabe der Natur an die Menschheit“ zu nutzen, ohne dass dadurch deren gemeinsame Reproduktion gefährdet wird. Innerhalb dieser Grenzen der ökologischen Tragfähigkeit kann die gesamte Menschheit sich die Voraussetzungen einer reichen Lebenskultur schaffen. Diese Haltung konkretisiert die Aufgabe der vernünftigen Selbstbestimmung der Menschen. Dabei wird der bewusste Umgang mit Zeit – die Nutzung des „rechten Zeitpunkts“, der „Abschied“ von Vergangenen, der Offenheit für Künftiges – eine zentrale Rolle spielen. Das empirische Hauptkriterium einer ökologischen Praxis liegt darin, Entwicklungen, die nicht mehr rückgängig zu machen sind, zu vermeiden.

2.2. Solidarität

Solidarisches Handeln beruht auf der Einsicht in gemeinsame Interessen, auf der menschheitlichen Erfahrung der unverzichtbaren Rolle von Zusammenhängen gegenseitiger Hilfe, aber auch auf der Erfahrung des bereichernden Charakters von Gaben ohne Gegenleistung. Entgegen allen Tendenzen, sich nur noch um das jeweils zu Eigene kümmern – ganz gleich, ob dieses individuell, familial, korporativ, national oder eurozentrisch definiert wird – bringt solidarisches Handeln nicht nur das Prinzip der freiwilligen und mittelbaren Gegenseitigkeit zur Geltung, wie es allen Moralsystemen zugrunde liegt. In ökologischer Zuspitzung dehnt es sich auf die gesamte Menschheit, einschließlich ihrer künftigen Generationen, sowie auf die anderen empfindungsfähigen Lebewesen aus, mit denen wir uns die Erde teilen. Angesichts vielfältiger Entsolidarisierungstendenzen und Interessenverletzungen, wie sie sich aus bestehenden Herrschaftsverhältnissen ergeben, zielt solidarisches Handeln notwendigerweise auch auf den Aufbau von Fähigkeiten zum gemeinsamen Widerstehen und zum aktiven Eintreten für konkrete Alternativen. Dabei geht es immer wieder auch um eine gerechte Verteilung gesellschaftlicher Reichtümer, die ökonomisch begründete Herrschaftsverhältnisse überwindet bzw. ihre Entstehung, Verfestigung oder Reproduktion verhindert. Solidarisches Handeln bezieht sich nicht nur betriebliche Arbeitszusammenhänge oder auf gewerkschaftliche Zusammenschlüsse gegen die Macht der Kapitaleigner. Es tritt auch auf nationalstaatlicher, makro-regionaler oder globaler Ebene auf: als kämpferisches Eintreten für eine politische Regulierung volkswirtschaftlicher Prozesse, durch die

gegen betriebswirtschaftlich definierte Unternehmensinteressen, einschließlich der immer mächtigeren strategischen Interessen multinationaler Kapitalgruppen, eine solidarische soziale Absicherung aller, ein solidarischer Ausgleich internationaler Ungleichheiten und eine solidarische Lastenverteilung im Übergang zu einer nachhaltigen Entwicklung durchgesetzt werden sollen. Das schließt die Aufgabe ein, die ökonomischen Machtverhältnisse so umzugestalten, dass sie eine wirksame solidarische Regulierung nicht länger konterkarieren können. Das umfasst auch die Überwindung gegenwärtiger gesellschaftlicher Spaltungen, zwischen Klassen, Geschlechtern und Generationen, zwischen „Reichen“ und „Armen“, zwischen „Etablierten“ und „Marginalisierten“, zwischen „Normalen“ und „Abweichenden“ ein. Solidarisches Handeln ist dabei nicht an erwartete Gegenleistungen gebunden: Etwa gegenüber pflege- und fürsorgebedürftigen Menschen, von denen kein entsprechender eigener Beitrag erwartet werden kann, sowie gegenüber Angehörigen anderer Spezies, die von menschlicher Fürsorge abhängen, begründet sich solidarisches Handeln aus der schlichten Gemeinsamkeit des „menschlichen Antlitzes“ und der Empfindungs- und Leidensfähigkeit.

2.3. Selbstbestimmung

Selbstbestimmt mit anderen verbunden zu leben und für sich und mit anderen eigenen Lebensentwürfen zu folgen, ist ein menschliches Grundbedürfnis. Die Möglichkeit, verantwortlich damit umzugehen, „wohin die eigenen Aktivitäten führen“, und die selbstbestimmten Interessen der anderen in die eigenen Entwürfe aufzunehmen, kann individuelle Selbstbestimmung und gesellschaftliche Gemeinsamkeit mit einander verknüpfen. Entgegen allen Anmaßungen auf Herrschaft kann heute für alle Menschen – ohne Vorbedingungen – das gleiche Recht auf Selbstbestimmung verwirklicht werden. Alle bestehenden Herrschaftsverhältnisse können in einen Prozess der Herrschaftsüberwindung hineingezogen werden, der mit langem Atem geführt wird. Das Ziel einer gleichen Selbstbestimmung aller hat nichts mit Vorstellungen von Konformität und Homogenisierung zu tun. Ganz im Gegenteil lebt es von der Perspektive auf Vielfalt individueller und kultureller Sinnmuster und Lebensentwürfe. Der Kampf darum hat sich angesichts eines zu zentralisierten und bevormundenden Staates und einer technokratischen Wirtschaft und Gesellschaft in den neuen sozialen Bewegungen und bei den Grünen als politische Kultur („Basisdemokratie“) entwickelt. Das Ziel der Selbstbestimmung gilt für alle Menschen, die heute leben und für die künftigen Generationen der Menschheit. Darüber hinaus schließt es die Achtung der anderen Lebewesen ein, mit denen sich die Menschen die Ökosysteme der Erde teilen.

2.4. Radikale Demokratie

Das Ziel einer tragfähigen Verständigung aller über Inhalte und Formen ihres Zusammenhandelns, der beständigen Neuerarbeitung und Überprüfung entsprechender Beschlüsse und Konsense in menschlichen Gemeinwesen macht ein immer wieder neu zu bestimmendes Gleichgewicht zwischen Verfahren der Konsensbildung (z.B. öffentliche Debatten), Verfahren der Beschlussfassung (z.B. Wahlen und Abstimmungen) und Verfahren der Delegation von Entscheidungen an automatische Mechanismen (z.B. Marktmechanismen oder legislativ bzw. durch Sachverständige fixierte technische „Schwellenwerte“) erforderlich. Entgegen allen

Illusionen, auf institutionalisierte und konstitutionell geregelte Formen demokratischer Politik verzichten zu können, aber auch entgegen allen Vorstellungen, Demokratie auf geregelte Verfahren der Mehrheitsabstimmung einschränken zu können, geht es um einen immer wieder neu anzusetzenden Prozess, in dem alle Machtverhältnisse der Demokratisierung ausgesetzt werden. Das schließt neben Mehrheitsentscheidungen auch die Entfaltung gesellschaftlicher Diskurse über die zu beantwortenden Fragen und die realisierbaren Alternativen in einer für alle zugänglichen Öffentlichkeit ein, sowie die Herausbildung von gesellschaftlichen Grund- und Rahmenkonsensen, bzw. von Detailkompromissen, durch die Minderheiten sich in politischen Mehrheitsbeschlüssen besser „wiederfinden“ können. Dabei ist das Verhältnis zwischen einer Politisierung und einer „automatisierenden Delegation“ (an Recht, Märkte oder Expertise) von Einzelentscheidungen immer wieder zu überprüfen. Auch ein hoch entwickeltes radikaldemokratisches Leben muss zugleich die Grenzen der freien demokratischen Beschlussfassung beachten, die sich aus den vorgegebenen Grenzen in den gesellschaftlichen Naturverhältnissen und aus der notwendigen Offenheit der Beratungsergebnisse für die Beschlüsse künftig lebender Generationen ergeben

2.5. Feminismus

Eine feministische Herangehensweise an gesellschaftspolitische Strategieentwürfe wie an alltägliche Verhaltensweisen richtet sich an Männer ebenso wie an Frauen. Sie beachtet aber dabei deren heute noch gegebene unterschiedliche Ausgangsbedingungen für die Entwicklung einer feministischen Handlungsfähigkeit: Während es für Frauen immer wieder darum gehen wird, sich aus den Formen einer patriarchalisch bestimmten Unterworfenheit zu befreien, stellt sich vielen Männern eher das Problem, Momente einer patriarchalisch bestimmten „Überlegenheit“ für eine von Männern und Frauen gemeinsam getragene Beteiligung an einer befreienden Neugestaltung der Geschlechterverhältnisse einzutauschen. Entgegen allen konservativen Vorstellungen, die traditionellen patriarchalischen Geschlechterverhältnisse als biologisch vorgegeben und unveränderbar zu betrachten, aber auch entgegen allen Illusionen, mit dem Schub an Frauenbefreiung seit den 1960er Jahren hätten sich die Herrschaftsmomente in den Geschlechterverhältnissen bereits erledigt, nimmt eine feministische Haltung für beide Geschlechter und alle sexuellen Orientierungen die Aufgabe an, auch nach dem weitgehenden Zerfallen der erst im 20. Jahrhundert durchgesetzten lohnabhängigen Kleinfamilie Herrschaftsmomente in Geschlechterverhältnissen – in der bezahlten wie in der unbezahlten Arbeit, aber auch im persönlichen Umgang – als solche zu erkennen und von den Beteiligten überwindbar zu machen.

2.6. Gewaltfreiheit

Es ist nicht das unabwendbare Schicksal der Menschen als Menschen, sich wechselseitig mit Aggressionen, Repression und Krieg zu überziehen. Gewaltüberwindende Politik kann es Menschen ermöglichen, ihre Konflikte kreativ und produktiv aufzulösen. Entgegen der Vorstellung, mit der weitgehenden Durchsetzung eines „Gewaltmonopols“ für die staatlichen Repressionsapparate in der Innenpolitik – die zweifellos eine zivilisatorische Errungenschaft gegenüber älteren Formen wie der „Selbsthilfe“ im privaten Waffengebrauch, dem „Gottesurteil“

im Duell, oder der „Blutrache“ zwischen Sippen darstellt – und mit dem bisher nur in der UN-Charta postulierten internationalen Gewaltmonopol für den Sicherheitsrat, das trotz allen Reformbedarfs der UNO und gerade ihres Sicherheitsrates ein großer zivilisatorischer Fortschritt wäre, könnte das Kapitel der Gewalt in der Politik bereits als abgeschlossen gelten, geht es hier um die Perspektive einer umfassenden Überwindung von Gewaltverhältnissen. Das Ziel sind demokratisch strukturierte Machtverhältnisse, in denen alle ihren Anliegen ohne Gewaltanwendung Gehör zu schaffen vermögen – und eine Kultur des Gewaltabbaus, die es den einzelnen Menschen ebenso wie Menschengruppen erleichtert, miteinander Konsense und Kompromisse als Konfliktlösungen diskursiv auszuhandeln und Konflikte mit friedlichen Mitteln zu bearbeiten. Der dafür notwendige Prozess der Gewaltüberwindung bezieht sich nicht nur auf die Abrüstung aller militärischen Gewaltapparate und die Vermeidung aller Formen einer unmittelbaren Gewaltanwendung durch einzelne Menschen oder Menschengruppen. Er schließt auch mit ein, beständig selbstkritisch darauf zu überprüfen, in welchem Maße die zur Erreichung politischer Ziele eingesetzten Mittel selbst gewaltförmige Elemente enthalten und an das Wirken von gewaltförmigen Mitteln anknüpfen. Ein grünes Konzept von Gewaltfreiheit und Frieden zielt auch auf den Abbau und die Überwindung von „struktureller“ und „kultureller“ Gewalt, d.h. von Strukturen und Kulturen, die die historisch erreichbaren Möglichkeiten von kreativer Konfliktbearbeitung und von menschlicher Befreiung und Selbstverwirklichung verhindern. In diesem Sinne gilt: Gewaltfreiheit träumt nicht von einer Welt ohne Konflikte. Sie fordert auch nicht, Gewalt passiv zu erdulden, sondern versucht aktiv, gewaltförmige und destruktive Formen von Konflikten in kreative und konstruktive Formen der Konfliktaustragung zu transformieren.

3. Das grüne Programm: Der Kampf um eine befreite und zukunftsfähige Gesellschaft

Gegenwärtig befinden sich Österreich, Europa und das Weltsystem in einer Phase dramatischer Umbrüche. Die Konturen der „einen Welt“ werden immer deutlicher sichtbar, aber ein globales Bewußtsein erwacht erst allmählich. Die Fragmentierung schreitet im gleichen Maße voran wie die Globalisierung. Erste Ansätze eines globalen Denkens und Handelns werden sichtbar, werden aber immer wieder gelähmt von Nationalismus, Regionalismus und Provinzialismus.

Die Globalisierung bedeutet in ihrer vorherrschenden Form eine dritte grosse Phase des Kapitalismus, die Herausbildung eines multinationalen, weltweit integrierten Kapitalismus. Dabei geht die Globalisierung der Märkte geht einher mit

- einer informationstechnologischen und die biotechnologischen Revolution;
- einer Erosion der Nationalstaaten und einem Trend zum Aufbau regionaler und/oder supranationaler Kooperationsgemeinschaften;
- einer geopolitischen „neuen Weltordnung“, charakterisiert durch die Hegemonie der USA im Rahmen einer transatlantischer Militärkooperation sowie durch neue Formen militärischer Interventionen im Namen „humanitärer“ Ziele.

Die neoliberale Ideologie der „Globalisierung“ ist allerdings *keine zukunftsfähige Antwort*. Sie ist eine abgedroschene Phrase der Konservativen: „Man kann nichts machen, der Weltmarkt diktiert uns sein Gesetz, alles entgleitet uns.“

Die Grünen weisen eine derartige Kapitulation zurück. Wie in jeder Epoche wird es auch in der gegenwärtigen Epoche erforderlich sein, unter neuen historischen Bedingungen eine wirksame politische Strategie zu finden, durch die Ziele, Subjekte, Bündnisse und Gegner so konkret bestimmt werden, dass die dringlichen Gesellschaftsveränderungen real möglich werden. Hierin sehen die Grünen ihre Aufgabe als politische Partei.

3.1. Die zwei neuen Zielhorizonte des grünen Projekts

Eine befreite Gesellschaft kann es nur für alle Menschen geben. Ohne eine neue Übereinstimmung in der Verantwortung der Menschen innerhalb der Natur bliebe jede Befreiung nur formell. Ausgehend von ihren Grundwerten plädieren die Grünen für das Programm einer Ökologie der Befreiung mit zwei Zielhorizonten:

- Menschenrechte umfassend weiterentwickeln –
Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse für alle!

- Nachhaltigkeit für die gesamte Menschheit rechtzeitig entwickeln –
eine Bedürfnisbefriedigung, die die Ökosysteme respektiert und die Möglichkeiten künftiger Generationen, ihre Bedürfnisse zu befriedigen, nicht beeinträchtigt!

Zum ersten Zielhorizont gehört es, die Grundrechte aller Menschen zu garantieren, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen und in einem weltweiten politischen Prozess zugleich das gemeinsame Verständnis dieser Grundrechte und Grundbedürfnisse weiterzuentwickeln. Dies sind die nicht zu überspringenden ersten Schritte einer Politik der Herrschaftsüberwindung.

Zum zweiten Zielhorizont gehört es, als Menschheit die Fähigkeit zu erwerben, sich innerhalb der Grenzen der ökologischen Tragfähigkeit einzurichten und zugleich eine reichere Reproduktion wichtiger ökologischer Systeme durch menschliche Unterstützung zu ermöglichen. Die dabei schrittweise aufzubauende vielfältige und dezentrale ökologische Bewusstheit über die gesamte Vielfalt der lokalen, regionalen und globalen gesellschaftlichen Naturverhältnisse bildet die entscheidende Voraussetzung dafür, dass die Menschheit eine nachhaltige Humanökologie gestalten kann, die auch die ökologischen Verhältnisse anderer Spezies achtet.

Das grüne Programm zielt einerseits auf ein dringliches Reformmodell (siehe Kapitel 4.2. bis 4.5.). Ein grünes Entwicklungs- und Gesellschaftsmodell muss aber auch ein wesentliches Reformvorhaben benennen, gerade weil kontinuierliches ökonomisches Wachstum im globalen Maßstab weder erreichbar noch wünschenswert ist:

- die Konturen einer Nach-Wachstums-Gesellschaft, in der Produktion, Wachstum und Markt langfristig unter das Primat einer neuen demokratischen Politik gestellt werden;

- die Konturen einer selbstbestimmten und solidarischen Ordnungspolitik, die sich an den Grundbedürfnissen der Menschen nach Freiheit *und* Sicherheit, Wohlfahrt *und* Lebensqualität orientiert;
- die Konturen eines veränderten Verständnisses von Staatlichkeit, die Möglichkeit als auch die Notwendigkeit von neuen, radikaleren Formen von Demokratie, von den lokalen Kommunen bis zu den globalen Organisationen; sowie
- die Konturen eines sanften Internationalismus mit friedlichen Mitteln und eines globalen Systems, das die kulturelle Vielfalt der Zivilisationen und den aktiven Dialog mit anderen Kulturen integriert.

3.2. Das neue Verhältnis von globaler und lokaler Politik

Die neuen Rahmenbedingungen des Übergangs zu einem globalen Zeitalter ermöglichen und erfordern ein neues Verhältnis von globaler und lokaler Politik: von „global denken - lokal handeln“ zu „global und lokal denken – global und lokal handeln“!

Lokal handeln ist der Wunsch, die Verantwortung für seine Umwelt zu übernehmen. Vor allem ist es die Einforderung eines Rechts. Sie richtet sich an die Adresse des Zentralismus, des Totalitarismus des Nationalstaates und der Weltmärkte. Es ist die Forderung nach Regionalisierung bzw. Dezentralisierung der politischen Macht.

Global denken ist ebenfalls notwendig, denn es bringt uns zur Verantwortlichkeit dem Lokalen gegenüber. Da ein Schaden von globalem Ausmaß verhindert werden soll, benötigen wir globale Regulierungen. Wenn globales Handeln wirklich Bedeutung haben soll, dann gilt es, die Menschen an Ort und Stelle durch lokale Kompromisse zu überzeugen, dass diese globalen Regulierungen akzeptiert werden müssen.

Global handeln ist genauso notwendig, um ungewollte Dominoeffekte auszuschließen, die lokal gesehen profitabel erscheinen mögen, doch bei allgemeiner Anwendung katastrophale Folgen für das Ganze nach sich ziehen. Dabei sollten Mindestlöhne festgelegt werden, maximale Arbeitszeiten und Normen für die (erlaubte) Umweltverschmutzung, um eine Stabilisierung der Rohstoffpreise zu erreichen. Kurz gesagt geht es darum, das freie Spiel der Egoisten und die ungezügelter Konkurrenz auf dem Weltmarkt Regeln zu unterwerfen.

Lokal denken schließlich bedeutet ins Auge zu fassen, wie schwierig es ist, in einer lokalen Situation eine globale Regel anzuwenden. Auch wenn sie sich mit der Zeit als vorteilhaft für alle erweisen wird (und insbesondere für die nachfolgenden Generationen, die derzeit weder wählen noch demonstrieren können) kann das Umsetzen einer Maßnahme mit der Freiheit und den Interessen jeder/jedes Einzelnen kollidieren.

Das heißt also, dass man Schritt für Schritt in den lokalen Gemeinschaften (von denen die allumfassendsten derzeit die Nationen sind) das Bewusstsein um das gemeinsame Schicksal der Menschheit, um die gemeinsamen Werte, die gemeinsamen Notwendigkeiten, die größeren Vorteile eines von wechselseitiger Anteilnahme bestimmten Handelns propagiert. Auf politischer und diplomatischer

Ebene geht es dabei um eine internationale Kodifizierung der Regeln, die die lokalen Mehrheiten zu akzeptieren bereit sind.

4. Die Konturen einer grünen Gesellschaftspolitik

Österreich hat historisch einen besonderen Entwicklungsweg beschritten: Die autoritären und patriarchalen Strukturen und Denkweisen der alten Monarchie, des Ständestaates und des Nationalsozialismus, in denen die BürgerInnen systematisch zur Unmündigkeit und Unterordnung angehalten wurden, prägten weitgehend auch den österreichischen Neo-Korporatismus der Nachkriegsrepublik.

Im bürokratisierten System der „Sozialpartnerschaft“ wurden gesellschaftliche Konflikte und politische Entscheidungsprozesse an grünen Tischen verhandelt – unter Ausschluss eines Großteils der Bevölkerung. In der sich seit Mitte der 80er Jahre bestehenden Variante blieb dieses Verfahren der Verwaltung politischer Konflikte zwar bestehen, die politischen Zielvorgaben wurden jedoch einschneidend verändert. In den Institutionen der Sozialpartnerschaft fand kein Ausgleich aller gesellschaftlichen Interessen mehr statt: Sie wurden stattdessen Kanäle für eine neoliberale Politik sozialdemokratischer Prägung. Folge dieser Politik ist es, ein ganzes Bündel von Konflikten und Interessen auszuschließen und lediglich zwei Fünftel der Gesellschaft zu repräsentieren.

Spätestens mit dem Beitritt zur EU war es aber nicht mehr möglich, dieses Modell weiterzuschreiben. Die seit Anfang 2000 regierende Mitte-Rechts-Koalition hat den österreichischen Nachkriegskonsens zunächst in ihrem Sinn beendet – in Richtung einer autoritären Republik. Dabei zeichnet sich gegenwärtig ein spezifisch österreichisches Gepräge eines erneuerten Kapitalismus ab: Während die Neoliberalen mit ihrem Rezept der Privatisierung nur eine Scheinlösung anbieten können, versuchen die neuen Rechten, Rechtspopulisten und Rechtsradikale, den Nachkriegskonsens durch eine „Republik des Ressentiments“ zu ersetzen. Eine plurale Demokratie hingegen beruht auf dem genauen Gegenteil des Rechtspopulismus, nämlich auf demokratischer Konfliktfähigkeit, die den Respekt vor den Anderen niemals aus den Augen verliert.

4.1. Die neue „Große Transformation“ des 21. Jahrhunderts

Die gegenwärtige Umbruchzeit ist mit der letzten großen weltweiten Strukturkrise zu vergleichen. Wie damals stellt sich die Frage nach einem politisch zu bestimmenden Weg der Krisenüberwindung.

Die Große Krise der 30er Jahre bildete den absoluten Höhepunkt einer Verselbständigung der potenziell verheerenden Kräfte der Marktwirtschaft – und führte zur „Große Transformation“ (Karl Polanyi), einem Versuch der Machtergreifung des Staats über den Markt in den 30er und 40er Jahren – einerseits in den totalitären Gestalten von Faschismus und Stalinismus, andererseits in demokratischer Gestalt der klassischen Sozialdemokratie.

Der Sieg der Alliierten im Zweiten Weltkrieg mündete dann in die weltweite Hegemonie eines „fordistischen“ Entwicklungsmodells, welches „im Westen“ dann 30 Jahre lang, von 1945 bis 1975, die Wirtschaftskrisen sowie die ökologischen Krisen

zurückdrängen konnte. Diese Nachkriegsjahrzehnte gelten daher in Westeuropa als „Goldenes Zeitalter“. Die Wirtschaft wurde durch sozialpartnerschaftliche Regulierungen und eine keynesianische Wohlfahrtspolitik „gebändigt“. Dieses Entwicklungsmodell, das den Rahmen für wirtschaftliche und soziale Entwicklung, aber auch für politisches Handeln bestimmte, beruhte auf Massenproduktion und Steigerung der Arbeitsproduktivität; einem insgesamt stetigen Lohnzuwachs, der eine Ausweitung des Massenkonsums ermöglichte. Die Voraussetzungen dafür wurden von einem dichten Netz an Sozialgesetzen und Tarifverträgen geschaffen und stabilisiert.

Heute wissen wir, dass dieses Modell enorme ökologische Probleme verursacht hat und nicht verallgemeinerbar war. Zurecht wurden die neuen sozialen Bewegungen – zum Teil in offenem Gegensatz zur Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung – aktiv gegen die „Nebenfolgen“ dieses Wirtschaftswunders: gegen Wachstum und Beschäftigung um jeden Preis, gegen Umweltverschmutzung und gegen technokratische staatliche Planungsphantasien. In dieser Kritik lagen auch die unmittelbaren historischen Wurzeln der Grünen.

Spätestens in den 1970er Jahren kam dieses Nachkriegsmodell aufgrund innerer Widersprüche ins Wanken: sinkende Wachstumsraten und steigende Arbeitslosigkeit waren die äußeren Zeichen einer tiefgreifenden und umfassenden Krise. Das im nationalstaatlichen Rahmen verwirklichte Modell bot keinen Spielraum mehr für eine weitere Produktionsausweitung und weitere Produktivitätssteigerungen. Die Internationalisierung der Produktion, welche die Konkurrenz auf und um nationale(n) wie internationale(n) Märkte(n) verstärkte, verschärfte die Krise, indem sie nationalstaatliche Regulierungsmuster aufbrach.

Dagegen bildete sich – durchaus mit Resonanzen aus der Kritik der neuen sozialen Bewegungen – in den 1980er Jahren ein neoliberales Modell kapitalistischer Entwicklung, das gerade in der Rückkehr zur unregulierten Konkurrenz den Ausweg aus der Krise suchte. Dieses Politikmodell hat durch den Zusammenbruch des Ostblocks am Ende des Kalten Krieges enormen Auftrieb erhalten. Seine strategischen Antworten bestehen im wesentlichen in einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zusammen mit einer Ausweitung prekärer Beschäftigung sowie einer verstärkten Exportorientierung bei einem möglichst niedrigen Lohnniveau. Diese deregulierten Arbeitsverhältnisse tragen auch eine sexistische und rassistische Signatur: Sie schließen in erster Linie Frauen und MigrantInnen aus dem Bereich rechtlich verfasster Lohnarbeit aus. Die ideologische Begleitmusik dieser verschärften Wettbewerbsorientierung liefert die Rede von der „Standortlogik“: soziale und ökologische Standards werden zu Wettbewerbshemmnissen erklärt, sozialer Schutz wird zum Kostenpunkt. Die „Erfolgsbedingungen“, neoliberaler Politik – eine ausgeglichene Zahlungsbilanz, eine antiinflationäre Politik und eine Orientierung auf Geldwertstabilität – liegen folglich im Abbau staatlicher Sozialpolitik und der Rücknahme sozialer Rechte. In einem Wort: Die Produktion von Ungleichheit – das ist der soziale Kern des Globalisierungsprozesses, wie wir ihn derzeit erleben.

Die weltweite ökonomische Vernetzung verringert einerseits tatsächlich den Gestaltungsraum für die nationalstaatliche Politik; andererseits sind in den führenden Nationalstaaten, vor allem den USA, aber in potenziell auch in der EU und in Japan, sowie mehr noch in Gestalt der transnationalen Konzerne neue „global players“ entstanden, deren Gestaltungskraft weit über alle bisherigen Zusammenballungen

ökonomisch-politischer Macht hinausgeht. Zugleich konkurrieren die kleinen und mittleren Nationalstaaten auf verschärfte Weise darum, dass transnational vernetzte ökonomische Akteure ihre Geschäfte im Inland tätigen. Damit werden diese Staaten einerseits in „nationale Wettbewerbsstaaten„ transformiert, andererseits müssen sie transnationale und supranationale Kooperationsgemeinschaften eingehen (wie in der EU), um im globalen Wettbewerb zu bestehen.

Im gegenwärtigen Globalisierungsprozess entziehen sich mächtige „global players„, aber auch transnationale Institutionen, Kapitalströme und private Rechtssysteme, die im internationalen Wirtschaften immer bedeutender werden, einer ausdrücklichen politischen Regulierung und damit auch jeder öffentlichen und demokratischen Kontrolle. Demgegenüber greifen die durchaus noch vorhandenen institutionalisierten Spuren des demokratischen Klassenkompromisses, wie der dem „Fordismus“ im nationalstaatlichen Rahmen zugrunde lag, zunehmend ins Leere. Prozesse einer „Globalisierung von unten“, die gestaltungsfähige Gegenmacht aufzubauen versuchen, sind erst in der allerersten Anfängen; Prozesse einer „Europäisierung von unten“ haben innerhalb des eingeleiteten „europäischen Verfassungsprozesses“ bisher noch nicht einmal wirksam begonnen.

Angesichts der Gestaltungserfordernisse, die aufgrund der langen Phase neoliberaler Deregulierung immer dringlicher werden, stellt sich heute verschärft die Frage eines politisch zu bestimmenden Weges, auf dem die Strukturkrise überwunden werden soll. Die Große Transformation des 21. Jahrhunderts wird ökologisch und friedlich sein – oder sie wird nicht zustande kommen.

Es geht heute erneut um eine neue „Große Transformation“, eine Zählung der offenen Diktatur des Marktes, wie sie in der Mitte des 20. Jahrhunderts in dem sozialdemokratischen Teil der kapitalistischen Welt zumindest partiell und provisorisch möglich wurde. Heute geht es wieder darum, gegen den neoliberalen Mainstream die Fähigkeit zu einer politischen Regulierung zurückzuerobern und dem Markt und seiner „Technokratie“ ein umfassend angelegtes Modell der nachhaltigen Entwicklung aufzuerlegen, wie es der Kompromiss von Rio umrissen hat: „Ein Entwicklungsmodell, das die Befriedigung der Bedürfnisse einer Generation ermöglicht, angefangen mit ihren mittellosesten Angehörigen, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu beeinträchtigen, ihre Bedürfnisse zu befriedigen.“ Um dieses Ziel zu erreichen, geht es zunächst darum, die innerhalb der Grenzen der ökologischen Tragfähigkeit liegenden Nutzungsmöglichkeiten unserer Umwelt zu erweitern, und mit dem Umbau von Konsumtions- und Lebensweisen, aber auch von Technologieentwicklung und Produktionsmodellen, eine ökologisch verträgliche, solidarisch, feministisch und demokratisch positive Neuorientierung in der Ausrichtung der Investitionsgüter auszulösen und damit durchaus auch eine Welle von neuen Investitionen in Gang zu setzen, welche die Dynamik des neuen Entwicklungsmodells tragen können. Das setzt voraus, dass die Grundlagen einer öffentlichen Regulationsweise durchgesetzt werden, die darauf abzielt, die ökonomischen Akteure dazu zu veranlassen, die ökologische Tragfähigkeit nicht zu missbrauchen, sie nicht zu überschreiten bzw. nach Möglichkeit sogar zu verbessern. Zum Teil schon als Implikationen der entsprechenden lokalen und regionalen Umorientierungsprozesse, zum Teil als deren bewusste politische Ergänzung zeichnen sich heute schon weitere Grundlinien der neuen Großen Transformation ab:

- Ein planetarer Bürgersinn erkennt das gleiche Recht aller Menschen und aller Generationen auf eine gesunde Umwelt an;
- Internationale diplomatische Vereinbarungen legen gemeinsame Regeln fest, um den globalen ökonomischen Krisen vorzubeugen und schaffen durch Regeln für den Freihandel einen Rahmen, der die perversen Effekte des Wettbewerbs abwehrt, um es den nationalen oder kontinentalen Gesellschaften zu ermöglichen, ihre lokalen Krisen selbst zu bewältigen.
- Langlebige Produkte, eine modulare und dezentralisierte Produktion, die Entfaltung „immaterieller“ Zweige des Wirtschaftens, Energiesparen und die Nutzung erneuerbarer Energien sowie die systematische Wiederverwertung aller Ressourcen verringern die Abhängigkeit einer Entwicklung gesellschaftlichen Reichtums von der Inanspruchnahme endlicher ökologischer Ressourcen.
- Durch Arbeitszeitverkürzung, durch die Entwicklung von neuen kulturellen Dienstleistungen wird eine Entwicklung eingeleitet, die zur Vollbeschäftigung zurückführt.
- Durch neue Formen der ökonomischen Kooperation außerhalb der transnationalen Konkurrenz, durch selbstbestimmte Eigentätigkeiten außerhalb des Imperativs der „Selbstaussbeutung“ entfalten sich die lokalen und regionalen Potenziale für eine Verbesserung der Lebensqualität und die Fähigkeit für eine grenz- und kulturübergreifende Solidarisierung von unten, bei gleichzeitiger Egalisierung der Beteiligung von Männern und Frauen an den gesellschaftlich notwendigen Arbeiten

Grüne Politik tritt für das Konzept eines neuen, transnationalen „Gesellschaftsvertrags“ ein: Anstatt der Versuche des größten Teils der politischen Eliten in den ehemals „fordistischen“ Industrieländern, die Lohnabhängigen auf die Lage zurückzuwerfen, in der sie sich in den 30er Jahren befanden – Lohnverzicht, ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse, Massenerwerbslosigkeit und soziale Ausgrenzung – ist ein Bündnis aufzubauen, das die Gestaltung eines neuen Entwicklungsmodells mit der Befriedigung der ökologischen, solidarischen, feministischen und radikaldemokratischen Anforderungen eines nachhaltigen gesellschaftlichen Grundkonsenses verknüpft.

Die Chance für eine derartige politische Initiative ergeben sich aus einer seit der Mitte der 1990er Jahre anhaltenden Formkrise des neoliberalen Deregulierungsmodells. Diese zeigt sich in den Rezessionen in führenden Industrieländern, den periodisch wiederkehrenden Finanzkrisen und Börsencrashes oder auch in der immer noch gigantischen Staatsverschuldung der USA (die mehr als die Hälfte der Schulden der gesamten „Dritten Welt“ ausmacht). Außerdem bleibt die neoliberale Gestalt der Globalisierung schon längst nicht mehr ohne Widerstand. Überall dort, wo versucht wird, die global geforderte Wettbewerbsfähigkeit lokal durchzusetzen, werden wir Zeugen von vielfältigen Protest- und Widerstandsaktionen, in denen sich die „neuen“ und „alten“ sozialen Bewegungen der 1980er Jahre schon längst in neuen Aktionsformen und zu neuen Bündnissen miteinander verbunden haben.

Die grüne Initiative zur Einleitung einer neuen Große Transformation zielt zunächst auf eine kulturelle Revolution, die deutlich macht, dass umwelt- und sozialschädliche Praktiken nicht zu einem „guten Leben“ gehören. Diese Umwälzung wird von den KonsumentInnen ausgehen, die Presse und die Medien ergreifen, in der Konkurrenz der Anbieter von Konsumgütern immer wichtiger werden und schließlich grenzübergreifend von den öffentlichen Gewalten aufgegriffen und verstärkt werden .

Indem derart der Gedanke der „nachhaltigen Entwicklung“ als politische Zielsetzung ernsthaft auf die Tagesordnung gesetzt wird, wird es konkret möglich, die kulturelle Hegemonie des weltweit agierenden neoliberalen Entwicklungsmodells zu überwinden.

Das schließt die Erneuerung einer gemeinsamen und anschlussfähigen gesellschaftspolitischen Vision mit ein: Es gibt kein Ende der Geschichte, wie es der Neoliberalismus seit 1989 propagiert, aber auch der Zusammenstoß der Kulturen, wie ihn der Neokonservatismus prognostiziert, ist nicht unvermeidlich: Es gibt konkrete Alternativen – und grüne Politik kann einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, sie auf die historische Tagesordnung zu setzen und sie Schritt für Schritt durchzusetzen!

4.2. Die Zukunft von Ökonomie und Ökologie ***Die Transformation des Produktivismus***

Die Grünen plädieren erstens für ein alternatives Modell von Ökonomie und Entwicklung, das sich sowohl vom neoliberalen wie auch vom sozialdemokratischen Modell grundlegend unterscheidet. Dabei stehen nicht mehr die Aufteilung der Güter oder das Eigentum an Produktionsmitteln alleine zur Debatte, sondern die Ausrichtung, die Ziele und die Struktur der industriellen Gesellschaft selbst.

Ein solche Politik der nachhaltigen Entwicklung zielt entscheidend darauf, den Grundwert der ökologischen Nachhaltigkeit zu verwirklichen, das Grundbedürfnis nach Lebensqualität für alle erreichbar zu machen, durch die Transformation des Produktivismus. Zugleich ist sie aber an den Werten der Solidarität, der Selbstbestimmung, der radikalen Demokratie, des Feminismus und der Gewaltfreiheit orientiert. Das Wachstumsmodell der hochindustrialisierten Länder des Nordens ist hauptverantwortlich für die Umweltkrise. Es beruht auf der unrealistischen Projektion eines rein quantitativ gemessenen Wirtschaftswachstums in die ökologische Wirklichkeit – ein Modell, das notwendigerweise irreversible ökologische Schäden und Nebenfolgen hervorruft.

Der Kernpunkt politischer Ökologie ist nicht „die Umwelt“, sondern eine komplexe Gesamtheit: die Menschheit, ihre Aktivitäten und die Natur. Das zentrale Ziel der politischen Ökologie liegt in der nachdrücklichen Vermittlung zwischen der Menschheit und ihrer Umwelt – bei den durch Produktion und Konsum charakterisierten Aktivitäten der Menschen.

Öko-nomie und Öko-logie sind deshalb nicht so weit entfernt voneinander, wie oft behauptet wird. Während erstere (nomos) den Akzent auf das systematisierte Messen und Regeln legt, betont letztere die Bedeutung, den Sinn (logos). Allgemein formuliert ist die ökologische Ökonomie eine Aktivität, die quantitativ gemessen werden kann und die sich zugleich an einem qualitativen Sinn orientiert. Grüne Politik gründet diesen Sinn eben nicht einfach auf die Frage der Umwelt, sondern auf die Verbindung ökologischer Verantwortung mit den anderen Grundwerten, Grundrechten und Grundbedürfnissen der Menschen.

Die natürlichen Grundlagen gesellschaftlicher Entwicklung werden durch globale Erwärmung, Übersauerung der Böden, chemische und nukleare Abfälle und die

Zerstörung der Ozonschicht bedroht. Angesichts dieser globalen ökologischen Krise wurden im letzten Jahrzehnt vor allem auf Drängen von Umweltinitiativen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) aus Ländern des Südens und des Nordens bei verschiedenen internationalen Konferenzen Resolutionen und Selbstverpflichtungen zur „nachhaltigen Entwicklung“ beschlossen. Die Grundbedürfnisse aller Menschen sollen befriedigt werden, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen dazu keine Möglichkeit mehr haben, weil die Ressourcen verbraucht und die Erde vergiftet ist. Dabei werden ökonomische Entwicklung, internationale wie nationale Solidarität und Ökologie als voneinander abhängige gesellschaftliche Prozesse betrachtet, die vor allem durch eine Demokratie von unten erreicht und intensiviert werden sollen.

An Stelle der alten „Umweltpolitik“ tritt das Konzept einer sozial gerechten Naturnutzung. Nicht mehr „Natur an sich“ und deren Schutz ist dabei das Thema, sondern das Verhältnis von Natur und gesellschaftlichen Prozessen: Es geht um die „gesellschaftlichen Naturverhältnisse“, die Formen und Praktiken, in denen und mit denen die Gesellschaften in unterschiedlichen Handlungsbereichen (Arbeit, Fortpflanzung, Ernährung, räumliche Fortbewegung etc.) ihr Verhältnis zur äußeren wie inneren Natur regulieren. Nachhaltige Entwicklung soll gesellschaftliche Naturverhältnisse so regeln, dass der Bestand und die Entwicklungspotentiale von Natur und Gesellschaft gleichermaßen gesichert werden, als Bedingung für eine solidarische und demokratische Gesellschaft. Unter Berücksichtigung der Leitidee der „Nachhaltigkeit“ als einer Verbindung von sozialen und ökologischen Prozessen kann sich die Politik der Grünen nicht ausschließlich auf Verteilungs- oder Herrschaftsfragen konzentrieren. Verteilt werden kann nur bereits Vorhandenes. Zuallererst muss deshalb die Frage geklärt werden, was mit den vorhandenen Ressourcen produziert werden soll, ob bestimmte Güter anders und ob sie überhaupt produziert werden sollen.

Eine Strategie der nachhaltigen Entwicklung verwirklicht Zukunftsfähigkeit. Das bedeutet für uns nicht nur, Belastungsgrenzen verschiedener Ökosysteme zu ermitteln und Grenzwerte festzulegen, sondern auch in vielen kleinen und mittleren Schritten eine Änderung der Denk-, Produktions- und Konsumstrukturen zu bewirken. Wege aus der ökologischen Krise ergeben sich nicht aus der Festlegung von Reduktionszielen, technischen Verbesserungen oder der effizienten Gestaltung betrieblicher Prozesse – das Prinzip Zukunftsfähigkeit erfordert den Blick auf das Ganze des Lebens und ist nur als gesellschaftliches Leitbild bestimmbar. Es setzt demokratisch gestaltete Prozesse der Konsens- und Entscheidungsfindung voraus. Eine solche Strategie kann dabei an den konkreten Erfahrungen sozialer Gruppen und einer Vielzahl von Aktivitäten und Initiativen anknüpfen, die bereits genügend alltagspraktische Einsichten und Lösungen gefunden haben, um Zukunftsfähigkeit konkret umzusetzen. Die Grundidee regionaler Nachhaltigkeit lautet, dass in einer fest umrissenen Region sich erneuernde Ressourcen so bewirtschaftet werden sollen, dass möglichst nur soviel aus der Region entnommen wird, wie sich in ihr in einem überschaubaren Zeitraum wieder neu bildet; und es dürfen nur solche Stoffe in die Region „entlassen“ werden, die dort problemlos abgebaut werden können.

Auch auf politisch-institutioneller Ebene reicht es nicht, Positionen innerhalb vorhandener Institutionen neu zu verteilen. Wie Produktions- und Lebensweisen verändert werden müssen, so bedarf es auch neuer Politikformen, die der Komplexität und dem globalen Charakter der Probleme angemessen sind.

Grüne Politik zielt also bei der nachhaltigen Entwicklung auf eine enge Verknüpfung von Ökologie, Selbstbestimmung und Solidarität. Sie fordert Wirtschafts- und Politikmodelle, die sich auf neue Standards der Umweltnutzung oder der globalen Wohlfahrt stützen. Darin enthalten ist u.a. die Vorstellung, dass bestimmte Produkte entweder gar nicht mehr, nur mehr in sehr geringen Mengen oder so langlebig hergestellt werden, dass keine Neuproduktion notwendig, sondern eine Beschränkung auf Reparaturen möglich ist. Insgesamt bedeutet das, ein neues Zivilisationsmodell anzustreben und zu entwickeln.

Häufig wird die Besorgnis um „die Umwelt“ als ein Kostenpunkt präsentiert, der den Produktpreis belastet und womöglich Arbeitsplätze bedroht. Doch genau das Gegenteil trifft zu: Die Umwelt kostet nichts, und gerade darum geht man unter dem Regime des Produktivismus verschwenderisch mit ihr um. Die Kosten, die es zu eliminieren gilt, betreffen die Umweltverschmutzung und die Zerstörung der Biosphäre. Diese Kosten bezahlt heute niemand, und das bedeutet: alle. Diese Kosten in Rechnung zu stellen heißt aber nicht, neue Kosten aufzuerlegen, sondern sie sichtbar zu machen und den Verursachern zur Bezahlung vorzulegen. Jedenfalls bliebe ihre Bezahlung künftigen Generationen nicht erspart, und diejenigen, die heute der Umweltverschmutzung ausgesetzt sind, entrichten sie bereits jetzt.

Ein gewissenhafter Umgang mit der Umwelt, die Wiederherstellung und Verbesserung dieses Erbes für die nachfolgenden Generationen können sogar anstelle des übermäßigen Konsums, der der Motor der ersten drei Jahrzehnte nach dem Krieg war, zu einer grundlegenden Perspektive wirtschaftlicher Aktivitäten werden. Anstatt dass man in Europa Agrarland brachliegen lässt und sich auf eine „konkurrenzfähige“ Landwirtschaft und auf immer eingeschränktere und zunehmend mit Pestiziden und Düngemitteln „gesättigte“ Flächen konzentriert, muss eine von Vernunft getragene Reform der europäischen Agrarpolitik eine möglichst biologische Landwirtschaft ins Auge fassen, die ausgedehnte Flächen benützt, die mit wenigen chemischen Zusätzen auskommt, die sich auf qualifizierte landwirtschaftliche Arbeitskräfte sowie auf eine Produktion gesunder und wohlschmeckender Lebensmittel stützt, vor allem für den Inlandsmarkt, und die auf die Bewahrung einer harmonischen, abwechslungsreichen Landschaft ausgerichtet ist.

Genauso ist es oft wirtschaftlicher, Energie zu sparen, als neue Energieproduktionskapazitäten in Angriff bzw. in Betrieb zu nehmen, die als Atomkraftwerke gefährlich, als Wärmekraftwerke umweltverschmutzend und als Wasserkraftwerke umweltverschlingend sind. Überdies schafft die Ersparnis von Energie bei konstantem Verbrauch in allen Fällen wesentlich mehr Arbeitsplätze als die Produktion neuer Energie durch die Errichtung von Kraftwerken und Mega-Staudämmen.

4.3. Die Zukunft von Sozialstaat und Arbeitsgesellschaft ***Die Transformation des Kapitalismus***

Die Grünen plädieren zweitens für ein Modell von Sozialstaat und Arbeitsgesellschaft, das sich sowohl vom neoliberalen wie auch vom sozialdemokratischen Modell grundlegend unterscheidet. Dabei stehen nicht mehr der sozialpartnerschaftliche Kompromiss auf Basis der „Fabriksgesellschaft“ im

Vordergrund, sondern die Verwirklichung einer vollen gesellschaftlichen Teilhabe der Frauen, der Arbeitslosen und Ausgeschlossenen durch eine Neuaufteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit.

Eine solches Projekt einer Neuverteilung der Arbeit zielt in erster Linie auf den Grundwert der Solidarität, das Grundbedürfnis der Wohlfahrt für alle, die Transformation des Kapitalismus. Zugleich ist sie aber an den Werten der Ökologie, der Selbstbestimmung, des Feminismus, der radikalen Demokratie und der Gewaltfreiheit orientiert. Das soziale Sicherungssystem in Österreich beruht insgesamt auf folgendem Selbstverständnis: Das Zentrum und die (männlich definierte) Norm des menschlichen Lebens habe die entlohnte Erwerbsarbeit zu sein, deren Arbeitskraft wiederum in einem Familienzusammenhang reproduziert wird. Tatsächlich vertieft das Festhalten an diesem Leitbild aber die gesellschaftliche Spaltung und Fragmentierung. Die Spaltungslinie verläuft zwischen einer immer kleiner werdenden Minderheit von NormalarbeitsplatzbesitzerInnen, auf die einzig die Norm angewendet werden kann, und der wachsenden Zahl derjenigen, die in unsicheren Verhältnissen leben müssen und daher von ihr abweichen. Zumeist verläuft diese Spaltung geschlechtsspezifisch, das heißt zu Lasten von Frauen, da Frauen infolge ihrer Lebensverläufe dieser männlich definierten Norm nicht entsprechen.

Um die Spaltung der zwei entkoppelten Erwerbswelten – die besser bezahlte, sichere, mit Aufstiegschancen versehene männliche und die prekäre, schlechter bezahlte weibliche – tatsächlich zu überwinden, bedarf es nicht nur bloß formaler Gleichstellung.

Als Regel soll gelten, dass die gesellschaftliche Lohnarbeitszeit nicht länger auf dem Acht-Stunden-Arbeitstag beruhen kann, sondern auf vielfältige Weise verkürzt werden muss. Ebenfalls kann der Besitz eines Normalarbeitsplatzes nicht länger das allein entscheidende Kriterium sein, das den sozialen Status und die soziale Sicherheit in der Gesellschaft bestimmt.

Für diese Regel gibt es zwei Gründe. Der durch die momentanen ökonomischen Verhältnisse erzwungene Grund liegt darin, dass die Ausgestaltung bestehender Arbeitsverhältnisse diese Arbeitsnorm bereits aufgeweicht hat. Es erscheint dabei faktisch wenig wahrscheinlich, dass dieser Prozess – etwa durch staatliche Intervention – wieder rückgängig gemacht werden kann.

Dann aber vertieft ein Festhalten am Leitbild des Normalarbeitsplatzverhältnisses die Spaltung der Gesellschaft in BesitzerInnen solcher Arbeitsplätze und NichtbesitzerInnen. Eine Politik der neuen Solidaritäten muss anstreben, auch diese Machtgefälle zu überwinden und dadurch den Zerfall der Gesellschaft in auseinander driftende soziale Gruppen zu verhindern.

Eine ökologisch ausgerichtete soziale Integration besteht vor allem aus einer anderen Art zu arbeiten. Hier geht es um eine Änderung des Lohnverhältnisses selbst: „menschliche Ressourcen“ – die Intelligenz, Erfahrung und Phantasie von arbeitenden Menschen – auf Basis von Solidarität und Selbstbestimmung zu mobilisieren. Die Grünen streben dabei keine leistungsbezogene Individualisierung der Löhne an, sondern im Gegenteil eine organisierte – und manchmal konfliktträchtige – Kooperation von Arbeitsgemeinschaften. Diese auszuhandelnde

Einbindung der produzierenden Werk­tätigen in den Produktionsprozess selbst ist die Grundlage für alles. Eine Neudefinition des wirklichen Sinns der Arbeit und die Wiederentdeckung von Arbeitsformen mit einem gewissen Maß an Selbstbestimmung auf Betriebs- und Büroebene wird den Boden für ein neues, erweitertes Verständnis von sozialer Demokratie bereiten, und zwar nicht nur im Betrieb, sondern auch in allen Aspekten des Sozialstaats und nicht zuletzt in bezug auf die ökologische Verantwortlichkeit. Nur ProduzentInnen, die sich darüber im Klaren sind, wie sie produzieren, und die sich über die Organisation ihrer Arbeit Gedanken machen, werden in der Lage sein, die richtigen Produktionsprozesse für sich, für ihre Umgebung, für ihre KundInnen und für die BenutzerInnen ihrer Produkte in Gang zu setzen. Im weiteren impliziert eine ökologisch ausgerichtete soziale Integration eine neue Form der Verteilung, die dem Fortschritt der „Lebensqualität“ entspricht. In unseren Ländern, in denen einer Mehrheit das Notwendige garantiert wird, muss die Verteilung der Produktivitätsgewinne unbedingt von zwei Leitprinzipien getragen sein:

- dem Kampf gegen den sozialen Ausschluss und
- dem immateriellen Wachstum, d.h. dem Wachstum der Freizeit bzw. der arbeitsfreien Zeit und der qualitativen Möglichkeiten, diese selbstbestimmt sinnvoll zu verbringen.

Die sozialen Konsequenzen des weltweit integrierten Kapitalismus führen heute vor allem zu einer sozial zerrissenen Gesellschaft. Wo früher die sozialen Widersprüche durch Demokratie reguliert wurde, droht heute eine immer größere Leerstelle für jene, die ausgeschlossen oder benachteiligt sind. Da diese Menschen die Hoffnung aufgegeben haben, zerrissene soziale Bindungen wieder herzustellen, zieht sich der / die Einzelne in die Nischen einer selbstdefinierten Realität zurück und sucht Solidarität ausschließlich mit Gleichgesinnten, eine „Solidarität“, die sich gegen all jene richtet, die auch nur ein bißchen anders sind. Eine zerrissene Gesellschaft begünstigt den Rassismus, den Hass gegenüber dem Anderen aus Furcht des / der Einzelnen davor, sich selbst nicht mehr anzuerkennen. „Jene ganz unten“, die einst die Hoffnung auf einen Befreiungsschub verkörperten, sind heute die ersten Opfer einer Welt, die so erschüttert ist, dass nicht einmal mehr die Ausbeutung durch Lohnarbeit garantiert werden können.

Die alten Kompromisse zwischen den Menschen wurden auf dem Rücken der Natur geschlossen. Heute verursacht der Bruch zwischen der Menschheit und ihren eigenen Lebensbedingungen Risse in allen Gebäuden der menschlichen Zivilisation. Unsere Entwicklungsmodelle, die auf lange Zeit gesehen unverträglich waren, brechen nun auseinander. Wir erleben jetzt die Krise der Zukunft. Eine zerrissene Gesellschaft wieder zu einem funktionierenden Ganzen zusammenzufügen, ist deshalb heute das erste Gebot, das viele Jahre lang durch das Warten auf einen mythischen neuerlichen Wirtschaftsaufschwung verdeckt war.

Aus diesem Grund ist die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ein wichtiger Punkt der Makroökonomie der Grünen. Unter dem Blickwinkel der „Aufteilung der verfügbaren Arbeit“ ist sie der erste Ausdruck der Solidarität.

Tatsächlich kann nur die Verkürzung der individuellen Arbeitszeit, die eine lange Tradition hat und etwa seit Beginn der 80er Jahre blockiert wird, das Fortschreiten der Erwerbsarbeitslosigkeit eindämmen. Die Grünen schlagen deshalb eine

Arbeitszeitverkürzung vor, beginnend mit einer durchschnittlichen 25-Stunden-Woche und in der Folge eine weitere progressive Herabsetzung.

Diese Konzeption einer Aufteilung der verfügbaren Arbeit hat nichts mit der Idee einer Aufteilung der Erwerbsarbeitslosigkeit und einer allgemeinen Verunsicherung (in erster Linie der Frauen des Dienstleistungssektors) durch eine Ausweitung informeller Arbeit zu tun. Eine solche Verteilung der Erwerbsarbeitslosigkeit führt lediglich zu einer allgemeinen Ausweitung von Teilzeitjobs mit entsprechenden Teilzeientlohnungen. Den Grünen geht es hingegen um eine Arbeitszeitverkürzung bei Bezug eines angemessenen Lohnes (der z.B. einer ledigen Mutter ein normales Leben ermöglicht).

Außerdem wird eine solche Aufteilung der Arbeit von der Mehrheit, die bereits über einen Arbeitsplatz verfügt (zumal eine solche Aufteilung eine gewisse Neuverteilung des Einkommens voraussetzt), nur akzeptiert werden, wenn damit eine Aufwertung der Freizeit verbunden ist. Damit wird eine solche Politik der Solidarität bzw. der sozialen Integration zugleich eine Grundvoraussetzung von Selbstbestimmung: Eine Gesellschaft von freien Individuen ist eine Gesellschaft von freien Individuen, die über freie Zeit verfügen können.

Eine wöchentliche Arbeitszeit von 25 Stunden dient in erster Linie der Bekämpfung der Erwerbsarbeitslosigkeit, dem Kampf gegen den sozialen Ausschluss. Zwar gibt es realistischerweise gegen Erwerbsarbeitslosigkeit kein Wundermittel – auch Arbeitszeitverkürzung ist keines. Man muss ihre Bekämpfung unter den verschiedensten Aspekten in Angriff nehmen. Und es bleibt eine weitere Front, die einen harten Einsatz erfordert, nämlich die gesellschaftliche Wiedereingliederung der heute schon längere Zeit Arbeitslosen.

4.4. Die Zukunft von Nationalstaat und Zivilgesellschaft

Die Transformation von Etatismus, Autoritarismus und Patriarchalismus

Die Grünen plädieren drittens für ein Modell von Nationalstaat und Zivilgesellschaft, das sich sowohl vom neoliberalen wie auch vom sozialdemokratischen Modell grundlegend unterscheidet. Dabei wird das Ziel einer subalternen Partizipation durch das Ziel der vollen gemeinsamen Selbstbestimmung ersetzt, sowie ein Föderalismus von oben durch einen Konföderalismus von unten, der Zentralismus durch Subsidiarität, der Nationalismus durch transnationale Bürgerschaft.

Eine solche Politik einer transnationalen Demokratie zielt in erster Linie auf den Grundwert der Selbstbestimmung, auf die Transformation des Etatismus. Zugleich ist sie aber an den Werten der Ökologie, der Solidarität und der Gewaltfreiheit orientiert.

Die Regelungen durch Politik sind in unserer Kultur beinahe zwangsläufig staatlicher Art: Normen, Verbote, Steuern, Subventionen, strategische Entscheidungen auf dem Gebiet der Raumordnung, der Bebauungspläne, der Flächenwidmung sowie der Kapitalinvestitionen.

Die repräsentative Demokratie spielt dabei eine entscheidende Rolle, doch nur eine in einem ganzen Ensemble von Rollen, die erst zusammen ein gutes Schauspiel darbieten können. Die Aufgabe der gewählten politischen Repräsentanten liegt

immer weniger darin, letzte Entscheidungen zu treffen. Es kommt immer mehr darauf an, sich im Vorfeld in der kulturellen Argumentation durchzusetzen und die politische Mehrheit zu überzeugen. Information und vorhergehende öffentliche Debatte stellen also die erste Etappe dar, dann folgt als zweite Etappe die Entscheidungsfindung. Noch wichtiger ist die dritte Etappe, die auf die Entscheidung folgt: das Annehmen derselben durch die Gesellschaft.

Der Staat bzw. das konzertierte Zusammenwirken der einzelnen Staaten steht für ein zwar notwendiges, allerdings beschränktes und manchmal auch gefährliches Mittel ökologischer Regulierung. Beschränkt deshalb, weil das Allgemeininteresse lediglich in Form einer „Äußerlichkeit“ repräsentiert ist, einer Kraft, die sich außerhalb von uns befindet, während es für das Individuum darauf ankäme, die Pflicht jeder/jedes Einzelnen gegenüber allen Anderen anzuerkennen und im eigenen Verhalten zum Ausdruck zu bringen. Gefährlich ist es dann, wenn der Staat von einer Minderheit okkupiert wird.

Was den Markt betrifft, ist die Situation allerdings noch schlimmer: Er wird direkt von jenen kontrolliert, die seit langem über den größten Reichtum verfügen. Grüne Politik zielt deshalb auf ein Primat des Politischen über den Markt. Das Politische beschränkt sich aber nicht nur auf den Staat – es ist die organisierte Konfrontation von Interessen, und in der Vorstufe sogar die Repräsentation und Konstruktion von Identitäten und Interessen. Der Markt, die Diplomatie und selbst die repräsentative Demokratie kommen erst ins Spiel, wenn die Interessen bereits abgesteckt sind. Die Interessen, die Sitten und Gebräuche, die impliziten Kompromisse nehmen zuvor oder nebenher Form an: in Debatten, Gesprächen und Begegnungen.

Zwar ist eine Artikulation dieser Interessen durch Parteien und Organisationen notwendig, damit sie gebündelt, artikuliert und ausgetragen werden können; aber sie erfordern vor allem Methoden kreativer Konfrontation und Konfliktbearbeitung.

Während die Demokratie in Österreich daran krankt, dass in vielen Bereichen des alltäglichen Lebens demokratische Regeln nicht gelten, haben in den Institutionen der Europäischen Union noch nicht einmal die einfachsten Regeln und Verfahren einer parlamentarischen Demokratie Gültigkeit. Statt dessen regiert dort die Bürokratie, gemeinsam mit ihrem notwendigen Weggefährten, dem Lobbyismus von Wirtschafts- und Interessengruppen. Daran haben weder der Vertrag von Maastricht und schon gar nicht sein Nachfolgevertrag von Amsterdam etwas geändert.

Die Ambivalenz der Verträge von Maastricht und Amsterdam liegt darin, dass die Aufgabe, das „gemeinsame europäische Haus“ zu errichten, den nationalen Beamten und der Technokratie von Brüssel überlassen wurde. Europa kann aber nur im Konsens seiner Bevölkerung eine dauerhafte Form annehmen. Die europäische Einigung mit Hilfe der Zwangsjacke des Monetarismus zustande zu bringen, verleidet der Bevölkerung die Idee Europa. Das gemeinsame Europa kann nur auf eine andere Art und Weise entstehen: durch die schrittweise Etablierung von Institutionen, die soziale Sicherheit garantieren, eine ökologische Verantwortlichkeit entwickeln und die demokratisch organisiert sind. Die Regelung des Alltagslebens sollte im wesentlichen auf Grundlage des Prinzips der Subsidiarität den regionalen, nationalen und lokalen Ebenen überlassen bleiben.

Alle politischen Entscheidungen, die auf eine nachhaltige Entwicklung hinweisen oder darauf hinauslaufen könnten, erfordern bis heute einstimmige Beschlüsse der Regierungen. Es genügt, wenn einige Länder die Karte des „ökologischen Dumping“ spielen (indem sie durch weniger strikte Umweltauflagen versuchen, Industrien ins Land zu holen, die die Umwelt verschmutzen), um jeglichen Fortschritt in einer Frage zu blockieren, auch wenn die Mehrheit der europäischen Länder oder des Europäischen Parlaments dafür ist. Und da es verboten ist, sich gegen dieses ökologische Dumping eines anderen Landes zu schützen, ist es klar, worauf das hinausläuft: Kein Land kann einen Alleingang riskieren, außer es ist überaus konkurrenzfähig. Dieselben Mechanismen greifen in der europäischen Sozialpolitik.

Grüne sehen Europa vor allem in Hinblick auf eine ökologisch ausgerichtete Politik, mit der die soziale Frage untrennbar verbunden ist. Vor allem aber können wir es nicht dem nationalistischen Populismus überlassen, das Monopol für den politischen Ausdruck der „ModernisierungsverliererInnen“ zu sein. Die große Gefahr besteht darin, dass die Ausgeschlossenen, jene, die niemals einen Job finden werden, die Drop-outs, auf Dauer Europa und der Modernität den Rücken kehren.

Alle sprechen davon, dass „Europa zu demokratisieren“ wäre, dass man es „dem Bürger näher bringen“ und dass man „den sozialen Aspekt entwickeln“ sollte. Dieser „posthume Erfolg“ der GegnerInnen des Vertrags stellt für uns zugleich eine Hoffnung und eine große Verantwortung dar. Der Laissez-faire-Kapitalismus, von dem Maastricht inspiriert ist, hat schon die Gesellschaft gespalten, hat die Gefahr eines Risses quer durch Europa entstehen lassen und bewirkt, dass sich die „ausgeschlossene“ Hälfte gegen die EU stellt. An den Pro-(EU-)EuropäerInnen, die „wegen Maastricht mit nein“ abgestimmt haben oder „trotz Maastricht mit ja“, liegt es nun, Europa neu zu entwerfen. Wir setzen uns für ein ökologisches und soziales Europa ein.

Die dringlichste Aufgabe auf diesem Weg ist eine auf zwei Leitlinien basierende Demokratisierung:

- Eine jegliche Übertragung von Kompetenz aus den Mitgliedstaaten nach Europa sollte Gewaltenteilung und Kräftegleichgewicht respektieren: Kompetenzen sollten von den nationalen Beamten zu denen der Brüsseler Verwaltung gehen, von den nationalen Parlamenten ins Parlament von Straßburg.
- Auch wenn auf der europäischen Ebene eine Demokratisierung stattfindet, sehen die einfachen BürgerInnen jeglichen Kompetenztransfer auf die europäische Ebene als eine Entfernung von den Quellen der Macht. Jeder Transfer nach oben muss also von einem Transfer in Richtung Basis, auf die lokale und regionale Ebene, begleitet sein.

4.5. Die Zukunft von Weltzivilisation und Friedensordnung

Die Transformation des Militarismus

Die Grünen plädieren viertens für ein Modell von Weltzivilisation und Friedenssicherung, das sich sowohl vom neoliberalen wie auch vom sozialdemokratischen Modell grundlegend unterscheidet. An die Stelle von „Globalisierung“ und „neuer Weltordnung“ tritt ein vielfältig vor Ort verankerter sanfter Internationalismus, der eigenständige Entwicklungsmodelle und kulturelle Vielfalt respektiert.

Eine solche Politik einer Globalisierung von unten zielt in erster Linie auf den Grundwert der Gewaltfreiheit, auf die Transformation des Militarismus. Zugleich ist sie aber an den Werten der Ökologie, der Solidarität, des Feminismus, der radikalen Demokratie und der Selbstbestimmung orientiert.

Soziale und ökologische Fortschritte sind nur dann wirklich möglich, wenn das Territorium, in dem Besteuerung, Tarifverträge und Gesetzgebung zur Anwendung kommen, mit dem Territorium der wirtschaftlichen Aktivitäten übereinstimmt.

Die Grünen setzen zwei Strategien dagegen:

- Einerseits geht es darum, den geografischen Spielraum des Wirtschaftskreislaufs einzuschränken. Die Grünen treten für eine intraregionale Zusammenarbeit und für kurze Warenzirkulationen zwischen ProduzentInnen und KonsumentInnen ein.

Ressourcenschonende Güter sollen Marktvorrang erhalten („ökologischer Protektionismus“), Ferntransporte besteuert werden etc.

- Andererseits soll der demokratische Spielraum erweitert werden. Europa soll die in ihm angelegten, jedoch noch nicht entwickelten ökologischen und sozialen Dimensionen erhalten, indem transnationale Regulierungsinstanzen verstärkt oder geschaffen werden, die dazu in der Lage sind, im Freihandel ökologische und soziale Auflagen durchzusetzen. Damit soll auch verhindert werden, dass der Konservatismus der Verteidiger des alten produktivistischen Modells zu einem „Krieg um die Umwelt“ führt.

Die Grünen gehen davon aus, dass die Länder des Südens bereit sind, eine Autorität zu akzeptieren, die die Menschenrechte garantiert, die die Rechte der Natur und diejenigen künftiger Generationen schützt, ohne dabei die Rechte aller Lebenden auf ein einigermaßen annehmbares Leben zu opfern. Eine solche Autorität wäre gegenwärtig am ehesten eine „gerichtliche“ (wobei der Internationale Gerichtshof in Den Haag diese Funktion sehr gut wahrnehmen könnte). Sie hätte das Recht, die Kläger, beispielsweise die NGOs, anzuhören, sie könnte Staaten verurteilen, deren Praktiken gegen die Menschenrechte und die Rechte der Natur verstoßen. Eine solche Institution hätte wahrscheinlich nicht sofort die Möglichkeit, ihre Beschlüsse durchzusetzen – sie wäre dennoch der erste Ansatz zu einer weltweiten Legitimität.

Dieses Ziel einer neuen, wirklichen Weltzivilisation, die in sozialer Hinsicht gerechter und in ökologischer Hinsicht verträglicher wäre, steht in einer Tradition dessen, was die alte Linke als „Internationalismus“ bezeichnet hat. Auch wenn der Ansatz einer grünen globalen Perspektive weiter geht (insofern, als er die Rechte der nachfolgenden Generationen mit einbezieht), ist er dennoch in gewissem Sinn bescheidener. Er definiert sich in seinem Verhältnis zu den vier Werten, die den grünen Prüfstein für jeglichen „Fortschritt“ und jegliche demokratische Politik abgeben: der gewaltfreien Konfliktaustragung, der Selbstbestimmung von Individuen und Gruppen, der Solidarität zwischen Individuen und Gruppen sowie der ökologischen Verantwortlichkeit.

Wir wissen, dass man nicht für eine Andere / für einen Anderen festlegen kann, worin ihr oder sein Glück zu bestehen hat. Da das Prinzip der Selbstbestimmung jeder Gemeinschaft die Freiheit zuspricht, sich für ihr eigenes Fortschrittsideal zu entscheiden, muss der Internationalismus von morgen in gewissem Sinne minimalistisch sein. Er sollte auf eine Weltzivilisation abzielen, die die größtmögliche Wahlfreiheit für Gemeinschaften garantiert (das „Prinzip der maximalen Variabilität“).

Diese „Neutralität“ ist jedoch nicht gleichbedeutend mit Passivität. Sie zielt darauf ab, überall grundlegende Menschenrechte sicherzustellen („Prinzip des minimalen Universalismus“). Schließlich sind wir mit diesem sanften Internationalismus zur Einsicht gelangt, dass von den Entwicklungsmodellen anderer ebensoviel profitiert werden kann wie vom eigenen Genie und dass Kooperationsprobleme mit anderen nicht nur von den Mängeln anderer ihren Ausgang nehmen, sondern auch von Beschränktheiten, die dem eigenen Entwicklungsmodell innewohnen.

Für einen sanften Internationalismus ist die Geschichte nicht zu Ende. Jede Gemeinschaft hat das Recht, ausgehend von den eigenen Traditionen und den eigenen spezifischen Ansprüchen, neue Wege zu erproben. Gleichzeitig sollte einer Nation, deren ökologisches und soziales Verhalten die Freiheit der anderen, ihr eigenes Gleichgewicht zu bewahren, beeinträchtigen könnte, nicht erlaubt werden, aufgrund ihrer größeren Konkurrenzfähigkeit auf letztere Druck auszuüben. Um derartige neue Formen des Dumping zu verhindern, sind internationale Institutionen als Schiedsinstanzen zu schaffen, die soziale und ökologische Klauseln für den Freihandel überwachen.

Damit diese Regeln gerecht und angemessen sind, müssen sie dynamisch differenziert sein. Man kann nicht von allen Ländern denselben Mindeststundenlohn fordern oder verlangen, dass alle Länder ihre Treibgasemissionen reduzieren. Es sollte Klarheit darüber herrschen, dass der Ausgangspunkt nicht bei allen derselbe ist. Wenn in einem Land mit schwacher Produktivität niedrigere Löhne gezahlt werden, so hat das keine unfairen Auswirkungen auf die internationale Konkurrenz, und es ist legitim, dass ein Land, wenn es seinen Lebensstandard steigert, anfänglich auch mehr zum Treibhauseffekt beiträgt. Doch sollten allgemeine Regeln darauf abzielen, soziale und ökologische Standards allmählich zu harmonisieren und vor allem weltweit die Rechte der ArbeiterInnen zu garantieren.

Die Grünen gehen davon aus, dass es einen gemeinsamen Fundus an Menschenrechten gibt, und kämpfen um deren Einhaltung. Wir machen nicht den Relativismus zum absoluten Wert, denn wir besitzen nicht die Naivität, an die angeborene Güte des Menschen zu glauben oder daran, dass menschliche Gemeinschaften widerspruchlos sind. Wenn wir es uns auch versagen, anderen unsere Vorstellungen vom guten Menschen aufzuzwingen, so sind wir doch in jedem Fall mit jenen Menschen solidarisch, die gegen die Unmenschlichkeit und Unterdrückung kämpfen.

Der sanfte Universalismus lässt sich bei der Anwendung legaler Sanktionen der Völkergemeinschaft gegenüber einzelnen Ländern von äußerster Zurückhaltung leiten. Man kann hier nur durch Überzeugungsarbeit tätig werden, und zwar auf der Basis einer grundsätzlichen, von der Regierung unabhängigen, aktiven Solidarität unter Männern und Frauen, die, im Norden wie im Süden, die Werte des minimalen Universalismus teilen. Diese Werte werden in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die durch die Anerkennung spezifischer Rechte der Frauen und Kinder ergänzt wurde, einigermaßen gut repräsentiert. Denkt man an die immensen Gefahren, von denen diese Rechte gegenwärtig bedroht sind – nehmen wir beispielsweise nur das Recht auf Leben, das auch die nachfolgenden Generationen einschließt –, so sind die Aufgaben des minimalen Universalismus alles andere als gering.

Die Grünen plädieren für einen internationalen Vertrag, der Quoten festlegt, die das Recht jeder einzelnen nationalen Gemeinschaft kontingentieren, die Biosphäre zu verschmutzen und zu plündern. Die 1992 in Rio unterzeichnete „Klimakonvention“ legt die Prinzipien eines solchen Vertrags fest, wobei den „entwickelten“ Ländern im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung nicht mehr Rechte eingeräumt werden als den Ländern der Dritten Welt. Für die entwickelten Länder werden die Quoten eine wesentlich größere Einengung bedeuten: Es wird notwendig sein, ihr Entwicklungsmodell in seiner Gesamtheit, alle ihre auf dem Rücken der Natur eingegangenen gesellschaftlichen Kompromisse grundlegend zu überdenken. Analog dazu werden soziale Klauseln in Freihandelsabkommen untersagen, die Arbeitskraft und die natürlichen Ressourcen der Dritten Welt weiterhin zu plündern.

Wir müssen das Recht begrenzen, gefährliche Gase (Kohlendioxid, Methan, Kohlenwasserstoffe) in die Atmosphäre zu schleudern. Allerdings kann das nicht durch eine Festsetzung von Höchstwerten oder prozentual festgelegte Reduktionserfordernisse erfolgen, da dies den reichen Ländern, die mit den größten Verschmutzern identisch sind, unendlich größere Rechte zur Verschmutzung einräumen würde als dem Rest. Die Rechte der Nutzung des gemeinsamen Erbes müssen zwischen den Ländern im Verhältnis zur Einwohnerzahl aufgeteilt werden; dies verlangen auch die Länder des Südens, um ihren Völkern ein Recht auf anständige Lebensbedingungen zu sichern.

Allerdings genügt es nicht, dem Süden Rechte zuzugestehen, zu deren Ausübung ihm die technischen und finanziellen Voraussetzungen fehlen. Um im Süden eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen, sind beträchtliche technologische und finanzielle Transfers nötig. Vor allem aber muss die Schuldenlast getilgt werden, die die Völker des Südens auspreßt und sie dazu zwingt, ihr Überleben in Praktiken zu suchen, die für die Natur unverträglich sind.

All diese Maßnahmen reichen nicht aus, wenn diktatorische Regime bestehen bleiben (die der Norden unterstützt, solange sie seinen Interessen dienen!) und Gesetze wirksam sind, die den Frauen elementare Menschenrechte absprechen. Die Hilfe und die finanziellen Transfers müssten in erster Linie den im Volk verankerten, von der Regierung unabhängigen Vereinigungen und Organisationen zukommen, solchen, die die Natur respektieren und den Kampf um eine weitere Emanzipation des Menschen führen. Gegenüber den Diktaturen können finanzieller Druck und Handelsembargos gerechtfertigt sein, unter der Bedingung, dass diese Maßnahmen in Absprache mit demokratisch und ökologisch orientierten oppositionellen Gruppen getroffen werden.

5. Sechs strategische Initiativen ***Alternativen für Österreich, Europa und die Welt***

5.1. Nachhaltige Entwicklung ***Von der Quantität zur Qualität***

Die Grünen wollen die regionalen und lokalen Waren- und Gütertransfers, wenn möglich und sinnvoll, auf Systeme einer Kreislaufwirtschaft umstellen, die auf erneuerbaren Rohstoffen und Energien fußt, diese effizient nützt und Abfälle

vermeidet. Dadurch werden auch einer ökologischen Landwirtschaft größere Chancen eingeräumt.

Die Industrie muss schrittweise auf eine ökologische Stoffwirtschaft verpflichtet werden, die giftige und biologisch nicht abbaubare Substanzen vermeidet, den Rohstoffverbrauch und die Entstehung von Abfällen drastisch vermindert und die Produkte langlebig und recycelbar gestaltet. Der öffentliche Personen- und Güterverkehr bekommt haushalts- und verkehrstechnisch einen deutlichen Vorrang vor dem privaten Verkehr. Dies gilt auf kommunaler, regionaler und überregionaler Ebene

Das Steuersystem ist unter Berücksichtigung lokaler und sozialer Gegebenheiten umzustellen. In dieser ökologisch-sozialen Steuerreform ist grundsätzlich die menschliche Arbeit steuerlich zu entlasten und statt dessen der Verbrauch und die Vernutzung von Energie, Rohstoffen und Flächenverbrauch zu besteuern. Der Raubbau an Ressourcen und die Umweltverschmutzung dürfen nicht kostenlos sein. Ziel ist die Internalisierung sozialer und ökologischer Folgekosten. Bund und Länder sollen einen Staatsvertrag zur Erreichung des „Toronto-Zieles“ zur Senkung der CO₂-Emissionen um 35 Prozent (bis zum Jahr 2010) abschließen.

Aus verteilungspolitischen Gründen muss eine gerechtere Steuerstruktur im Vordergrund stehen, durch die keine Gruppe (wie zum Beispiel derzeit die Frauen) benachteiligt wird. Durch eine Wertschöpfungsabgabe, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine Erhöhung der Kapitalertragssteuer bei gleichzeitiger Verringerung legaler Steuerschlupflöcher kann die umverteilende Wirkung des Steuersystems erhöht werden.

Für medizinische Genforschung müssen höhere Sicherheitsstandards, stärkere Öffentlichkeitsbeteiligung und eine umfassende Haftungsregelung vorgeschrieben werden. Ein Patent auf Lebewesen und Eingriffe in die menschliche Keimbahn lehnen die Grünen ab. Der Einsatz von Gentechnologie in der Agrarwirtschaft und in den Lebensmitteln ist ein gefährlicher Irrweg der industriellen Nahrungsmittelproduktion, dem die Grünen eine flächendeckende biologische Landwirtschaft entgegenstellen.

Schließlich lassen sich die Eckpunkte einer zukunftsfähigen Entwicklung nur sinnvoll realisieren, wenn die Wirtschaftsprozesse demokratisiert werden und die gesamte menschliche Arbeit eine neue gesellschaftliche Bewertung erfährt. Hier sind die derzeit bezahlten und unbezahlten Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern umzuverteilen.

europäisch

Ausbau der konzertierten langfristigen Umweltentwicklungsplanung aller europäischen Staaten im Rahmen der ECE; Aufbau einer subsidiären langfristigen Umweltplanung als Rahmen für die Koordination der Wirtschaftspolitiken der EU-Mitgliedstaaten; Ausweitung der Anwendung von Umweltzertifizierung und Umweltverträglichkeitsprüfung auf alle in der EU grenzübergreifend tätigen Unternehmen.

global

Erfüllung der Rio-Verpflichtungen (Ratifizierung des Kyoto-Protokolls); Ausarbeitung vergleichbarer globaler Rahmenpläne für die Umsetzung aller Zielsetzungen, auf die sich die „Erdgipfel“ der 1990er Jahre einigen konnten; Ausgleichsmechanismen (finanziell, know-how-Transfer, Beratung) für die ökonomischen Belastungen durch den dringlichen Übergang zu nachhaltigen Entwicklungsmustern in den Ländern des Südens; Schaffung von analogen Institutionen wie dem ECOSOC der UNO für Umwelt-, Frauen- und Entwicklungsfragen.

5.2. Neuverteilung der Arbeit und soziale Existenzsicherung *Von der Sozialpartnerschaft zur Überwindung der sozialen Spaltung*

Eine gleichwertige Teilhabe am sozialen und politischen Leben erfordert eine andere Verteilung der Arbeitszeiten im Interesse der Beschäftigten bei ausreichendem Lohnausgleich. Eine alternative Vollbeschäftigungspolitik muß die starre Aufteilung in Ausbildungsphasen, Arbeitsleben und Ruhestand aufheben und fließende Übergänge zwischen diesen Lebensabschnitten ermöglichen. Dabei kann die strategische Durchsetzung und Entfaltung einer neuen Politik der Solidaritäten nur behutsam und schrittweise erfolgen.

Ziel ist ein neuer Sozialstaat, der für bislang marginalisierte Lebensweisen einen vollgültig anerkannten Raum schafft:

- mit einer Arbeitsteilung, die die Rollenverteilung zwischen jenen, die anschaffen, und jenen, die ausführen, in Frage stellt: durch die auszuhandelnde Mobilisierung menschlicher Ressourcen mit dem Ziel größerer Effizienz und besserer Produktqualität.
- mit Priorität für die Unfallverhinderung und den Kampf gegen Krankheiten, für die Ergonomie, für die Wiederverwertung der Abfälle, für die Aneignung technischer Fähigkeiten durch die arbeitende Gemeinschaft.
- mit Priorität für das Wachstum arbeitsfreier Zeit als Maßstab des Fortschritts und als Waffe gegen die Erwerbsarbeitslosigkeit.
- mit der Beibehaltung eines hohen Vergesellschaftungsniveaus der Einkommen zur Deckung der Risiken des menschlichen Lebens;
- mit nachhaltigen Bemühungen, die Arbeitslosen und Ausgeschlossenen wieder einzubinden,
- mit einer ökologischen Steuerreform,
- mit entsprechenden Regulierungen auf europäischer und globaler Ebene.

Für exponierte Bevölkerungsgruppen muss eine bedarfsorientierte Grundsicherung sowie eine Existenzsicherung durch Mindestlöhne gewährleistet sein. Als mittelfristige Maßnahmen innerhalb des bestehenden Systems treten die Grünen für einheitliche soziale Leistungen bei ArbeiterInnen, Angestellten, Bäuerinnen und Bauern, BeamtInnen und Selbständigen im Bereich der Pensions- und Krankenversicherung ein. Langfristig fordern wir ein garantiertes Mindesteinkommen für jedermann/jederfrau.

europäisch

Aufbau einer transnationalen Arbeitskämpfungsfähigkeit der Gewerkschaften; Stärkung von Gewerkschaften und Interessenvertretungen der sozial Schwächeren in den EU-Strukturen des „sozialen“ und „zivilen“ Dialogs; Stärkung einer gemeinschaftlichen

Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik innerhalb der EU zur Verbesserung der Interessendurchsetzung der abhängig Arbeitenden.

Im institutionellen Rahmen der Europäischen Union unterstützen die Grünen die Errichtung einer europäischen Sozialunion und die Entwicklung einer europäischen Beschäftigungspolitik. Dazu gehören vor allem die Grundsteine einer Sozial- und Umweltpolitik, mit der die Finanzmärkte reguliert sowie Steuerflucht und Steuerdumping unterbunden werden.

global

Verankerung der wesentlichen sozialen ILO-Normen in der Handelspolitik der WTO, Durchsetzung weitergehender ökologischer und sozialer Mindestnormen für den Welthandel; minimale Regulierung der internationalen Finanzmärkte (Tobin-Steuer; Verbesserung der Derivat-Kontrolle); Ermöglichung von Kapitalverkehrskontrollen als wirksame Notbremse.

5.3. Selbstbestimmte und solidarische Gesellschaft

Von der verwalteten Gesellschaft zur gesellschaftlichen Selbstorganisation

Die Sicherung der Existenz, die Teilnahme an der gesellschaftlichen Entwicklung und die Freizügigkeit in der Lebensgestaltung müssen für alle Menschen gewährleistet werden. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Organisation und Umsetzung sozialer Leistungen ausschließlich durch den Staat wahrgenommen werden müssen. Anzustreben ist eine Vielfalt unterschiedlicher staatlicher, privater, genossenschaftlicher und selbstverwalteter Trägerschaften, insbesondere im Bereich von Kindergärten und Schulen.

Die Interessen von Erwerbsarbeitslosen, prekär Beschäftigten, AlleinerzieherInnen, Hausfrauen, AusländerInnen, Behinderten oder Menschen mit unterschiedlichen sexuellen Orientierungen finden in den traditionellen Organisationsformen der österreichischen Kammern und Gewerkschaften kaum Berücksichtigung. Hier sind völlig neue Institutionen und Verfahren zu erfinden. Deshalb ist es notwendig, Initiativen, die die Interessen von Gruppen vertreten, besonders zu fördern und ihnen insbesondere in der staatlichen Willensbildung (z. B. bei der Begutachtung von Gesetzesentwürfen) den gleichen Stellenwert einzuräumen wie den Kammern - und ihre Tätigkeiten auch angemessen zu finanzieren. ArbeitsmigrantInnen aus Nicht-EU-Ländern sollen nach zwei Jahren das kommunale Wahlrecht und nach fünf Jahren die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten.

Migration muß als notwendige Folge einer Welt aufgefaßt werden, in der die räumlichen Distanzen kleiner und die sozialen Unterschiede zugleich größer werden. Vor diesem Hintergrund gibt es unserer Ansicht nach keine einzige vernünftige Begründung dafür, dass Technologien und Kapital grenzenlos wandern und den menschlichen „ökonomischen Faktoren“ dagegen andauernd unüberwindbare Grenzen gezogen werden. Denn die Trennung zwischen Arbeitsmigration und politischer Flucht ist im Einzelfall immer willkürlich und bürokratisch. Insofern sie automatisch einen unterschiedlichen Status der Residenz definiert, ist sie aufzuheben. Flüchtlinge und/oder MigrantInnen haben im Prozess der Definition ihres Aufenthaltes das Recht, ihren Status, dessen Zeitdauer und den damit verbundenen Zugang zu sozialen Leistungen mitzugestalten. Die Verfahrensschritte

der Ausländerbehörden sind in Zusammenarbeit mit den Betroffenen vorzunehmen. Dabei sind nicht nur die Interessen des Staates, sondern auch gleichberechtigt die Interessen der Antragstellenden zu berücksichtigen. Nach einer Frist von fünf Jahren sollen MigrantInnen aus Nicht-EU-Ländern die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten und damit gleichzeitig auch das ökonomische Bürgerrecht erwerben können.

europäisch

Kooperation zwischen dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und entsprechenden Menschenrechtsgerichtshöfen des GUS-Raumes und des Mittelmeer-Schwarzmeer-Raumes; verbindliche Grundrechtscharta der EU auf der Grundlage zumindest des letzten Standes der UNO-Menschenrechts-Konventionen.

global

Weltweite Ächtung und Abschaffung der Todesstrafe (einschließlich der USA); dto. gerichtliche Garantien der Menschenrechte (analog dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte); weltweite Ausdehnung der Kompetenz des Internationalen Strafgerichtshofs für Verbrechen gegen die Menschlichkeit als ständige Einrichtung (bisher nur ad-hoc zu Nazi-Deutschland, Ruanda und Jugoslawien); Ausbau der UN-Universität zu einem weltweiten ständigen Forum des „capacity building“ für einen produktiven Dialog der Kulturen; weltweite Neuregelung der „informationellen Selbstbestimmung“; Aufbau eines globalen Grundbedürfnisbefriedigungsprogramms.

5.4. Umfassende Demokratisierung von der lokalen bis zur globalen Ebene Von der Partizipation zu Teilhabe und Selbstbestimmung

Eines der größten Hindernisse für einen Ausbau der Demokratie in Österreich liegt in der schwachen Tradition einer kritischen Öffentlichkeit. Um diese zu stärken, müssen die marktbeherrschenden Medienunternehmen entflochten werden. Außerdem soll der gleichzeitige Besitz einer Zeitung, eines Fernseh- und eines Rundfunksenders nicht erlaubt sein. Nur auf diese Weise lassen sich auch auf lokaler Ebene doppelte oder dreifache Medienmonopole verhindern. Zur emanzipatorischen Mediendemokratie gehört aber auch, dass die öffentliche Verwaltung - wie etwa in Schweden - einer umfassenden öffentlichen Auskunftspflicht unterliegt.

Die Verfahren der direkten Demokratie müssen vereinfacht werden – trotz der Gefahr, dass sie auch von den marktbeherrschenden Medien und vom anwachsenden Rechtspopulismus ausgenutzt werden können. Substantielle BürgerInnenbeteiligung im kommunalen Bereich soll wirkliche politische Konsequenzen zeitigen und nicht bereits zentralistisch anderswo getroffene Entscheidungen nur verzögern helfen.

europäisch

Übertragung des gleichberechtigten EWR/EU-Modells einer festen Kooperationsbeziehung mit wechselseitigen Rechten auf die Beziehungen zwischen EU und ggw. GUS-Raum, sowie dem Mittelmeer- und Schwarzmeer-Raum; demokratische EU-Reform in einem eignen subsidiären Verfassungsprozess; territoriale und finanzielle Ausweitung der gegenwärtigen „Demokratie-Programme“

im Rahmen von PHARE und TACIS auf den gesamten Raum von EU-EWR-GUS und Mittelmeer-Schwarzmeer-Gebiet.

Die Grünen fordern, dass auch in der EU die demokratischen Mindeststandards zu gelten haben: die Gewaltentrennung, die Öffentlichkeit der Gesetzgebung, die politischen Kompetenzen des Parlamentarismus und der Schutz der Grundrechte. Darüber hinaus sind, wo immer dies möglich ist, politische Entscheidungsprozesse zu dezentralisieren.

Deshalb muß die EU eine wirklich föderalistische Verfassung anstreben, in der die Kompetenzen der Gemeinschaftsinstitutionen auf die gemeinschaftsnotwendigen Aufgaben reduziert werden. Dies ermöglicht Spielräume für regionalisierte Märkte im Agrarsektor und für eine eigenständige regionale Strukturpolitik.

Die Grünen wollen die Kompetenzen sowohl des Europäischen Parlaments wie nationalen Parlamente stärken und die Minderheiten- und Kontrollrechte erweitern.

global

Die schwerwiegendste Herausforderung für demokratische Formen der Assoziation resultiert heute aus den „neuen“ Sachzwängen der Internationalisierung der Ökonomie und dem ökonomischen „Einheitsdenken“ des Neoliberalismus. Insbesondere deshalb, weil der Neoliberalismus dazu tendiert, das Gewicht einiger Akteure des öffentlichen Lebens – der Industriellen, Finanziers, Technokraten und Medien – zu verstärken, die sich allein den Gesetzen des Geldes unterwerfen und nie demokratischen Spielregeln.

5.5. Emanzipatorische Lebensentwürfe und feministische Geschlechterpolitik Von der bloßen Gleichstellungspolitik zu einem neuen Geschlechtervertrag

Die umfassende Politik der Geschlechterverhältnisse ist grundlegend für die Weiterentwicklung von Demokratie. Als Voraussetzung dafür treten die Grünen neben dem Kampf für die Gleichstellung der Frauen in der Politik, im Berufsleben, in der Wirtschaft und in der Gesellschaft für einen umfassenden neuen Geschlechtervertrag ein, der vielfältige, emanzipatorische Lebensentwürfe fördert. Dabei verbinden sich Forderungen an Rechtsetzung, staatliche und gesellschaftliche Förderung mit Initiativen zur Selbstorganisation und „kulturrevolutionären“ Ansätzen im Alltag.

europäisch

Aufgreifen der EU-Initiativen zum „gender-mainstreaming“; EU-Initiativen zur steuer- und familienrechtliche Gleichbehandlung aller Formen des Zusammenlebens; Förderung aller Formen des Lebens mit Kindern.

global

Umsetzung der Beijing-Forderungen - Frauenpolitischer Paradigmenwechsel in der „Bevölkerungspolitik“, Frauenrechte, Frauenbildung als weltweit zu gewährleistende Aufgaben.

5.6. Überwindung von Krieg und kollektiver Gewalt mit friedlichen Mitteln

Von der „Neuen Weltordnung“ zur „Globalisierung von unten“

Die Grünen setzen sich für eine Konversion der Rüstungsindustrie und deren Ausrichtung auf zivile Güter ein, für ein Verbot von Atomtests, für die Errichtung atomwaffenfreier Zonen und für eine Verhinderung der Weiterverbreitung von Atomwaffen. Für die Gestaltung einer umfassenden Friedenspolitik müssen auch die klassischen Mittel der Diplomatie erweitert werden.

Realistische Risiko- und Chancenwahrnehmung, vertrauensbildende Maßnahmen, friedliche Streitbeilegung, interkultureller Dialog, konstruktive Lösungsvorschläge und positive Sanktionen sind bedeutende Instrumente einer aktiven Friedenspolitik. Im besonderen müssen bei der Vermittlung und Erarbeitung von Lösungsvorschlägen alle beteiligten Konfliktparteien, auch die oppositionellen Kräfte und die zivilen Gesellschaften einbezogen werden.

Die Abrüstung der Nationalstaaten ist schrittweise voranzutreiben. Die Grünen befürworten die Entmilitarisierung der nationalen Heere, als Zwischenschritt zumindest auf ein Niveau struktureller Nicht-Angriffsfähigkeit. Kurz- und mittelfristig sollen militärische Einheiten nur noch für die Restbedrohung von Grenzverletzungen und für die flankierende Absicherung politischer Konfliktbewältigung durch friedenserhaltende Streitkräfte der UNO und der OSZE erhalten werden. Längerfristig müssen die verbleibenden nationalen Streitkräfte der UNO und ihren Regionalorganisationen wie der OSZE unterstellt werden.

Die Grünen treten für die Abschaffung der Wehrpflicht ein. Wir sind gegen ein Berufsheer und treten für die Reduzierung des Bundesheeres auf eine Freiwilligen-Miliz mit kurzen Dienstverpflichtungen ein. Die Grünen befürworten den Ausbau vielfältiger Möglichkeiten zu freiwilligen, zivilen Friedensdiensten.

Die Militarisierung der EU, die Integration der Westeuropäischen Verteidigungsunion (WEU) in die EU und die Ausweitung der NATO lehnen die Grünen ab. Militärsysteme, die aus der Zeit des Kalten Krieges stammen, stellen keinen Beitrag zu einer neuen Weltordnung dar. Die Grünen bekämpfen daher jeden Schritt in Richtung eines Beitritts Österreichs zur NATO oder WEU.

Im Nachkriegskonsens Österreichs ist zentral eine Festlegung der internationalen Rolle Österreichs als „immerwährend neutral“ enthalten. Diese Bestimmung hat es Österreich im Kontext der Ost-West-Konfrontation erlaubt, zwischen den Blöcken – aber in relativer Nähe zur westlichen Allianz – eine eigenständige Position in der Weltpolitik zu beziehen. Neutrale Kleinstaaten, die keine oder geringe militärische Machtmittel in der internationalen Konkurrenz um Hegemonie zur Verfügung haben, besitzen hervorragende Voraussetzungen für eine internationale Politik der friedlichen Konfliktbearbeitung.

europäisch

Schaffung einer institutionell verfassten gesamteuropäischen Friedensordnung unter Weiterentwicklung der OSZE und des Balladur-Paktes, sowie einer entsprechenden neuen Friedensordnung für den Mittelmeer- und Schwarzmeer-Raum (unter analoger Einbeziehung der USA); Herstellung massenvernichtungsmittelfreier und entmilitarisierter Zonen in europäischen Spannungszonen; Aufbau einer zivilen europäischen Mediations-Kapazität für Krisengebiete; Überführung der

gegenwärtigen Verteidigungsbündnisse (insbesondere NATO und WEU) in zivile Analyse- und Planungskapazitäten der Institutionen einer gesamteuropäischen Friedensordnung; Pionierrolle der neutralen und nicht-paktgebundenen europäischen Länder beim Aufbau europäischer Friedens- und Mediations-Institutionen.

Ein kooperatives Sicherheitssystem für ganz Europa soll folgenden Kriterien entsprechen: kein Zwangscharakter, Arbeitsteilung, Offenheit für alle OSZE-Beteiligten, Wertekonsens über den Schutz menschlichen Lebens und menschlicher Würde, Subsidiarität, Beitragspflicht und gleiche Sicherheit für alle Mitglieder. In eine kooperative, gesamteuropäische Sicherheits- und Friedensordnung müssen alle Länder einbezogen werden, die historisch und aktuell in die europäischen Konfliktkonstellationen involviert sind, im besonderen Rußland und die Türkei.

Eine europäische Friedensordnung zielt damit letztlich auf eine kontinentale gesamteuropäische Konföderation neuen Typs. Durch sie würde der scheinbar unlösbare Knoten europäischer Politik (Erweiterung der Europäischen Union nach Osten – Vertiefung der EU nach innen) aufgelöst. Diese neuartige konföderale Kooperation würde keine Nation auf dem europäischen Kontinent aussperren. Staatliche Souveränitäten würden dabei auf absehbare Zeiten erhalten bleiben, sie müssen aber um grund- und menschenrechtliche Standards auf europäischer und weltgesellschaftlicher Ebene ergänzt werden

Statt sich nach Osten und Süden hin zu verschließen, öffnet sich die EU in einen erweiterten – im Prinzip grenzenlosen – europäischen Raum, der nicht mehr länger im Sinne der kulturellen Grenze der Westkirche bestimmt ist und auch die christlich-orthodox und islamisch geprägten Länder Europas integriert. Eine Mitgliedschaft in dieser Union wäre an ähnliche Kriterien gebunden, wie sie im Rahmen der OSZE ansatzweise bereits erprobt worden sind: Achtung demokratischer Verfahren, Geltung der Menschenrechte, Einhaltung der Rechte von Minderheiten, Einhaltung der Abrüstungsverträge, kooperative Sicherheits- und Friedenspolitik.

Eine solche kontinentale europäische Union wäre weiters durch einen den ganzen Kontinent umspannenden gemeinsamen Markt gekennzeichnet, der sich auf ganz Europa erstrecken würde. Einer der strategischen Vorteile dieser Union wäre, dass dem drängenden Problem des Sozial- und Umwelt-Dumpings auf eine Weise begegnet werden könnte, die sich nicht gegen Menschen richtet, die Arbeit suchen. Europa muss eine Schlüsselrolle spielen, um gemeinsam mit den PartnerInnen im Süden Initiativen zu ergreifen, um eine gerechte Weltwirtschaftsordnung zu erzielen.

global

Reaktivierung der Rüstungskontrolle und Nonproliferationspolitik in Richtung auf eine Politik der Abrüstung und der Ächtung der Massenvernichtungsmittel; Schaffung der Voraussetzungen für ein Trockenlegen der Rüstungsexporte (Unterbindung von Geldwäsche, Fluchtgeldkonten und Korruption; restriktive Produktions- und Exportrichtlinien für alle Erzeugerländer); Verlagerung des Kampfes gegen Drogen- und Menschenhandel auf wirksame präventive Strategien; Herstellung eines Gewaltmonopols für die UNO (Reform des Sicherheitsrates, Verbesserung der Blauhelme); Schaffung einer Weltkultur des multikulturellen Dialogs.

6. Die grüne Kunst der Politik

Grüne Politik bemüht sich bewusst um die schwierige, immer wieder kreativ zu leistende Vermittlung zwischen Partei und Zivilgesellschaft, zwischen dem Ethischen und dem Politischen, zwischen dem Globalen und dem Lokalen, zwischen dem Wesentlichen und dem Dringlichen

Nur eine erneuerte Zusammenarbeit von kritischen BürgerInnen mit nicht-staatlichen Organisationen und mit der Grünen Partei wird die zwischen Nachkriegskonsens und Rechtspopulismus erstarrte politische Situation in Österreich grundlegend verändern. Für uns kommt es darauf an, neue Allianzen anzustreben, Sachkoalitionen vorzuschlagen und die tatsächliche Veränderungsbereitschaft anderer politischer Kräfte daran zu messen, ob sie sich auch solchen mittelfristigen Alternativen öffnen.

Eine moderne politische Partei in einem parlamentarischen Regierungssystem kann sich nicht auf Dauer dem zentralen Mechanismus von Regierungs- und Oppositionsbildung entziehen. Nur wer grundsätzlich fähig ist zu opponieren, wird regieren können, und umgekehrt. In politischen Systemen, in denen Koalitionsregierungen gebildet werden, gilt dies auch für kleinere Parteien. Allerdings müssen sie sich vor einer besonderen „Falle“ wappnen, wie sie im Frankreich der III. Republik die „Radikalen“ als eigenständige politische Kraft zerstört hat – nämlich vor der scheinbar bequemen Rolle einer „Scharnierpartei“, die scheinbar frei darüber entscheiden kann, welche größere politische Kraft zum Regieren berufen wird. Das ist zwar für das Führungspersonal einer solchen Partei karrierefördernd, führt aber auch zu Verlusten an politischer Eigenständigkeit, die auf Dauer die Oppositionsfähigkeit in Frage stellen – und damit eine wirkliche politische Gestaltungsfähigkeit verloren gehen lassen.

Eine Schlüsselfrage für eine dauerhafte Politikfähigkeit ist die Verankerung in eigenständigen zivilgesellschaftlichen Bewegungen und Assoziationen, durch die erst eine politische Partei einen verlässlichen Zugang zu gesellschaftlichen Realitätserfahrungen gewinnt. Dadurch bleibt in ihr selbst eine notwendige kritische Instanz gegenüber medial vermittelten Bildern und Erzählungen sowie angesichts widerstreitender wissenschaftlicher Expertisen bestehen. Eine solche Verankerung – etwa in Gewerkschaften, Zusammenhängen der Frauenbewegung, Umweltorganisationen, lokalen Sozialinitiativen, Nord-Süd-Gruppen – macht es einer politischen Partei erst möglich, auch in allgemeinpolitischen außerparlamentarischen Initiativen wie den Anti-Haider-Bündnissen eine wichtige Rolle zu übernehmen.

Politikfähigkeit als Fähigkeit zu institutioneller Politik kann keine Ebene politischen Handelns aussparen – von der kommunalen Selbstverwaltung über die Landespolitik und die nationalstaatliche Politik bis zu der politischen Regulierung im EU-Rahmen und durch globale supranationale Instanzen. Auf jeder dieser Ebenen stellen sich die Fragen einer produktiven Ergänzung von institutioneller und außerinstitutioneller Politik anders, zum Teil stellen sich auch ganz unterschiedliche parteipolitische Bündnis- und Kooperationsfragen, aber auf keiner dieser Ebenen kann demokratische Politik auf eine Zusammenarbeit zwischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Kräften verzichten.

Politische Macht und eine Regierungsbeteiligung kann in einer Position der relativen Stärke Voraussetzungen dafür schaffen, Dinge in Angriff zu nehmen, und wir Grünen sind bereit, diese Rolle zu spielen, wenn wir dafür gewählt werden. Doch wir wissen

auch, dass vielfältige strukturelle und kulturelle Veränderungen anderswo passieren – im Alltag, in der Wirtschaft, am Arbeitsplatz, im Bildungswesen, in den Medien. Um in all diesen gesellschaftlichen Bereichen eine wirkliche kulturelle Hegemonie zu erlangen, müssen wir Grüne für unsere Ideen werben und unsere politikfähigen Alternativen propagieren.